

Ercheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal, Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Eingereicht in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1893 unter Nr. 4708.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Werbes- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Kurt L. Nr. 4196.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 23. Februar 1893.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Praktisches Agrarierthum.

Nach dem Rabau in den Parlamenten und vor dem Pronunziamento auf dem Tirol haben die Herren Agrarier in einer Reihe von Versammlungen ihrer organisierten Interessensvertretungen, in denen Politik nach Noten trotz allen Vereinsgefehen getrieben werden darf, ihre praktischen Forderungen für die allernächste Gegenwart aufgestellt. Sie haben so ungefähr dasjenige formuliert, was der agrarische Gegenwartsstaat als allererste Vorbedingung haben muß, unbeschadet aller der schönen Wünsche für seinen weiteren Ausbau, die an dieser Stelle kürzlich schon beleuchtet worden sind. Lassen die großen Beschwerden und Forderungen der Herren Agrarier den Umfang der Un-geniertheit erkennen, zu denen sich ein preussisch-deutscher Landjunker in erhabenen Augenblicken aufschwingen kann, so gestalten die Augenblickswünsche mehr intime Blicke in die verborgensten Falten des Herzens dieser zum Herrschen geborenen Menschenklasse. Nebenbei sieht man auch, daß selbst ein waschechter Agrarier nicht alles so heiß ist, als er es sich einbrodt. Er stößt bei der praktischen Formulierung seiner Wünsche doch bereits an so manche harte Gade, die ihn vorsichtiger auftreten läßt; die Welt ist schon zu weit aus der Junkerherrschaft herausgewachsen, als daß sie sich ohne weiteres gleich nach agrarischen Wünschen ummodellieren ließe. Daher erklärt sich die verhältnismäßige Bescheidenheit der praktischen agrarischen Wünsche. Wir werden freilich gleich sehen, was „verhältnismäßige Bescheidenheit“ bei den Agrariern heißt.

Im deutschen Landwirtschaftsrathe wurden vorige Woche diejenigen agrarischen Beschlüsse gefaßt, die am bezeichnendsten sind. Die Einen werden durch ihre Begehrlichkeit charakterisirt. Das sind die Resolutionen, welche den russischen Handelsvertrag, die Staffeltarife für Getreide und die Brauntweinsteuer betreffen. Sie sind in ihrer Art folgerichtig. Durch einen Handelsvertrag mit Rußland trat für das Reich derselbe „ermäßigte“ Zollsatz von 3,50 M. für Getreide in Kraft, der für die anderen Grenzen seit ungefähr Jahresfrist gilt. Von 5 M. sank die Broterzeugungssatz auf „nur“ 3,50 M. auch für das russische Getreide, welches dann etwas reichlicher zufließen und dem Volk die Ernährung etwas erleichtern würde. Wie kann das ein echter Agrarier dulden? Die höchste Barriere zwischen uns und den billigen Getreidemärkten der unermesslichen russischen Ebenen — der preussisch-deutsche Agrarier muß „standesgemäß“ leben und entsprechend viel für sein schlechtes Korn einnehmen können; wie das Volk dabei lebt, ist ganz egal. Aber damit ist die agrarische „Arbeit“ nur halb gethan; russisches Getreide könnte mittels der deutschen Eisenbahntariffaße, die auf größere Entfernungen von Ost nach West staffelweise immer billiger werden, durch Ost- und Mitteldeutschland hindurch wenigstens in den Westen bringen, wo es vielleicht trotz seiner hohen Belastung

durch den Zoll bei den dortigen hohen Lebensmittelpreisen noch Abnahme fände — also auch fort mit den Staffeltarifen, die nur ein Recht haben zu bestehen, wenn sie den Agrariern etwas nützen! Und wenn dann ein gehöriges Existenz-Mindestmaß für den nothleidenden Agrarier geschaffen ist — dann noch recht viel sonstige Wohlthaten für die Landwirtschaft und für die lohnenden Nebenbetriebe derselben. Deshalb gehörte eine Resolution zu Gunsten der Brauntweinsteuer unbedingt zur Vollständigkeit der Beschlüsse, welche der deutsche Landwirtschaftsrath faßte. Die Vorlage an den Reichstag wegen Aufrechterhaltung des 40 Millionen-Geschenktes an die abligen Schnapsbrenner hat ja einen so unendlich süßen Beigeschmack für die Agrarier, daß man hier schon etwas Uebrigcs thun und die Bitte, die man sonst, bitter wie sie ist, dem Publikum verabreicht, etwas verzuckern kann. Man thut, als könnte die Erhöhung der Verbrauchsabgabe zu Militärzwecken vermieden und dem Proletarier der Fusel zum bisherigen Preis erhalten werden, bittet um Ablehnung der Erhöhung, im übrigen aber um Annahme des Entwurfs, „als den Interessenten der deutschen Landwirtschaft in voller Unterordnung unter das allgemeine Volkswohl dienlich“. Die Unterordnung unter das allgemeine Volkswohl ist eine schöne Redewendung; nur muß man wünschen, daß sich die Agrarier in dieser Weise möglichst wenig dem Volkswohl unterordnen — es möchte dem deutschen Volke auf die Dauer zu schlecht bekommen.

Nach Erledigung der Geldsachfragen, die übliche „Nährung“ für den „kleinen Mann“, so wärcite sich auch das Verhandlungsprogramm der Agrarier ab. Nach Brot- und Brauntweinsteuer ein paar Nebenarten über Heimstätten und bessere Arbeitsvermittlung für Bauer und Arbeiter; so „macht sich's gut“. Das Heimstätten-Gesetz, das von den Nationalliberalen angeregt worden ist, paßte den Agrariern längst nicht in den Kram. Als hergebrachte Bauernleger können sie es nicht vertragen, wenn dem kleinen Landwirth ein kleiner unangreifbarer Besitz garantiert werden soll, so kurze Zeit dem Bauer dieser Besitz auch nur helfen würde. Deshalb die Resolution, die dem Bauer graulich machen soll vor der Heimstätte als „praktisch unzureichend und wirkungslos“. Deshalb der Hinweis auf eine „sozialreformatorische Ausgestaltung des Erbrechts in Grundbesitz, des Viegenchaftsverkehrs, sowie des Grundschuldungsrechts“, Redensarten, die nichts kosten, während die Freiheit der Auffaugung von Bauerngütern einen sehr realen agrarischen Werth hat. Und schließlich die übliche „Arbeiterfürsorge“! Bei der Verbesserung der Gesundervermittlung hat sie diesmal der Landwirtschaftsrath angepaßt. Der ländliche Arbeiter wird betrogen und ausgebeutet vom ländlichen Stellenvermittler. Hier liegt die Ursache aller sozialen Uebel auf dem Lande. Strammte Gesetzesvorschriften gegen unredliche Gesundervermittler her — wer kann's besser mit dem Landarbeiter meinen, als die Agrarier? Nur hat die Sache

ihren Pferdesuß. Warum den der Referent im Landwirtschaftsrathe so deutlich durchblicken ließ, als er sich über den sächsischen Malter entrüstete, der „einen Transport von verkommenen Handwerkern und Kaufleuten“ brachte, „Kerle, die die rothe Fahne aufpflanzen und erklären, die ihnen zugemuthete Arbeit sei nicht für Menschen, sondern für Vieh“, bis man „froh war, sie mit Hilfe der Polizei wieder loszuwerden“? Der Mann enthielt so offen das wahre Interesse der Agrarier an einer Regelung der Gesundervermittlung, weil es einem Agrarier nun einmal nicht gegeben ist, lange mit seiner Un-geniertheit hinterm Busch zu halten; und so lieferte der Landwirtschaftsrath selbst den besten Kommentar zu der Sorte von „Arbeiterfürsorge“, die ein Agrarier pflegt.

Es ist beinahe erquicklich, zu sehen, wie köstlich roh und brutal also beim praktischen Agrarierthum und seinen Beschlüssen der letzten Woche das unerschütterte Klasseninteresse an jedem Punkte zum Ausdruck kommt. Noch ein paar Jahre solcher „Thätigkeit“, und der neue „Bund der Landwirthe“ hat auch in den verborgenen Köpfen alle Zweifel über die Rücksichtslosigkeit seiner agrarischen Tendenzen beseitigt. Dann ist aber auch das flache Land für uns gewonnen — und was bleibt dann der Reaktion noch übrig? Vielleicht der Mond, und den gönnen wir ihr.

Politische Ueberflucht.

Berlin, den 22. Februar.

Aus dem Reichstage. Ueber dem Etat des Reichsamt's des Innern waltet in diesem Jahre wirklich ein Unstern. Es will die Berathung nicht vorwärts gehen und sie geht nicht vorwärts. Nachdem heute nach Erledigung der Debatte über das Statistische Amt, die Verhandlungen in einen etwas rascheren Fluß zu kommen schienen, geriethen dieselben beim Reichs-Gesundheitsamt sofort wieder ins Stocken. Zunächst waren es die Vertreter der Brauereierinteressen aus der Brauereiergemeinschaft, welche gegenüber der immer fühlbarer werdenden Konkurrenz der echten bayerischen Biere, nach ähnlichen Bestimmungen verlangten, wie sie in Bayern bestehen, nämlich, daß Bier nur aus Malz, Hopfen und Wasser hergestellt werden dürfe. Als der Abgeordnete Kuer im Jahre 1887 einen beglücklichen Antrag einbrachte, waren es die Freisinnigen Alexander Meyer und Dr. Mendel, welche sich für die Freiheit der Vierpantfcherei ins Zeug warfen und in dem Auer'schen Antrag einen unberechtigten Eingriff in die Erwerbsfreiheit erblickten. Heute waren die ebenfalls Freisinnigen Köstke und Goldschmidt die entschiedensten Vertreter eines gesetzlichen Verbotes für Surrogate. Herr Meyer brach zwar auch heute wieder eine Lanze für die Pantfcherei; das Trinken der auf diese Weise hergestellten Mixturen überläßt er aber wohlweislich seinen Nebenmenschen.

Feuilleton.

Neudruck verboten.)

(22)

Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepniak.

Autorisirte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

Er versank wieder in mürrisches Stillschweigen und beantwortete Gregor's Fragen nur einsilbig. Er war böse; niedergedrückt und fühlte sich elend. Diese verhängnisvolle Entdeckung brachte ihn in ein neues Verhältniß zu Gregor, das ihm höchst peinlich war.

Gregor's Benehmen schien abscheulich. Andrej glaubte nicht an die Eausfahigkeit von Gregor's Neigung zu Tanja. Wie konnte er ein Mädchen lieben, das er sich nicht einmal die Mühe genommen hatte zu verstehen? Es war alles nur eitle Aufgeblasenheit, Feuerwerk, von seiner überschwänglichen, poetischen Einbildungskraft erzeugt. Gregor hätte besser gethan, diese Ergüsse dem Papier und der Feder anzuvertrauen, als sie einem jungen, unerfahrenen Mädchen orguleiern.

„A“ dies hätte ihm Andrej tagszuvor gesagt, wenn er damals fähig gewesen wäre, klar in die Sache zu sehen. Aber jetzt, nach der Entdeckung seiner eigenen schändlichen Verwickelung konnte er unmöglich in diesem Tone sprechen. Er mußte es für sich geheim halten und ein anderes Gesicht zeigen. Ihr Verhältniß, welches bis jetzt so frei von jedem Makel der Täuschung war, wurde durch unerhörte Falschheit besudelt. Mit seinem besten Freunde von nun ab auf

solchem Fuße zu stehen, war für ihn schlimmer, als ganz zu brechen.

Schließlich mußten sie sich trennen.

„Ich werde Dich morgen früh besuchen,“ sagte Gregor. „Sei zu Hause. Ich muß Dir einige neue Sachen von mir vorlesen.“

„Ich wette eine Hymne auf Tanja,“ war Andrej's erster Gedanke, er antwortete aber mit Anstrengung. „Kannst Du es nicht sofort zum Druck schicken?“

Dies war zuviel. Gregor war auf's empfindlichste verletzt und seine Stirn zog sich in häßliche Falten.

„Ich konnte natürlich nicht, oder wollte wenigstens nicht,“ sagte er in halb beleidigtem, halb übertrastem Tone. „Ich traue in meinen Sachen nie meinem eigenen Urtheile.“

„Gut, bis morgen also,“ sagte Andrej. „Es war in gewisser Beziehung Geschäftssache und seine Pflicht, wenn es Gregor für nöthig hielt, zu hören.“

„Was fehlt nur heute Andrej?“ fragte sich Gregor auf dem Heimwege. „Ich habe ihn noch nie in solch einem Zustand gesehen.“

Hätte er seinen lebhaften Geist darauf verwendet, gewisse Zeichen und Fingerzeige zusammenzustellen, so würde er wahrscheinlich die Wahrheit herausgefunden haben; heute Abend war er aber zu sehr von Hoffnungen und Bewunderung erfüllt, um sich in ernsthafte Nachforschungen bis in's Einzelne einzulassen. Der Ton von Tanja's Worten klang noch in seinen Ohren. Das Gesicht, die Haltung, in welcher sie sie geäußert, standen ihm noch deutlich vor Augen. Jetzt verstand er vollkommen, was hinter jenen Worten lag; er war durch das, was er sah, geblendet, und empfand Neue sich angemaßt zu haben, solch ein Mädchen auf dem Weg der Selbstvergessenheit und Ergebung für die große Sache zu führen. Er ein Erdenkloß im Vergleich mit

ih. Es schien ihm, daß er erst heute Abend eingesehen hatte, was Liebe zu einer Frau ist. Er war voll davon, ließ sich gehen, indem er sich in jene Panberwelt der Träume, die schön, wie die Jugend und fesselnd, wie die Wahrheit ist, versenkte, und über welcher das schwarzäugige Mädchen thronte, die strahlende Stirn in die Hand stehend.

Das geliebte Bild lächelte ihm Hoffnung zu. Die Hand, welche sie ihm entgegenstreckte, drückte die seine warm und zärtlich. Wer weiß, ob sie nicht, wenn auch nicht heute, so doch in nicht zu fernem Zeit eine wärmere Antwort auf den Ausdruck seiner Ergebenheit ertheilen würde. Warum sollte er länger über seine Gefühl'stillschweigen beobachten? Er hatte lange genug gezögert. War er aber nicht seiner selbst sicher, wenn seine Seele nur Liebe und Bewunderung für sie aushauchte?

Er entschloß sich beim nächsten Zusammentreffen zu ihr zu sprechen.

Kapitel IX.

Gregor's Verse.

Am nächsten Morgen saß Gregor im Zimmer seines Freundes und hatte ein Packet Manuskripte in der Tasche. Andrej hatte der Verdruss die ganze Nacht wachgehalten. Er sah abgequält, aber ruhig aus. Er empfing seinen Besucher wie gewöhnlich, fügte sogar einige Aufmerksamkeiten hinzu, wie sie bei den leichten und einfachen Sitten Rußlands nicht beobachtet werden. Der arglose Gregor schrieb dies dem Wunsche Andrej's zu, die gefrige schlechte Laune vergessen zu machen.

Zu seinen nächstlichen Ueberlegungen hatte Andrej auch die Frage über sein Verhältniß zu Gregor erwogen. Mit diesem Geheimniß in der Brust konnte er mit Gregor nicht in alter Weise verkehren, das wäre niedrig von seiner Seite gewesen. Ehe er aber ein offenes Bekenntniß machte, hätte

Nach dem hier die Feuerbestattung.
Der Abgeordnete Lingen, seiner Frömmigkeit wegen scherzweise der heilige Joseph von Trient genannt, regte die Frage der Feuerbestattung an, indem er deren Zulassung befämpfte. Damit war das Thema zu einer sehr unfaßlichen Debatte gegeben. Der Abgeordnete Frohme behandelte den Gegenstand in sehr eingehender Weise vom hygienischen, ökonomischen und ethischen Standpunkte aus, während Mehger, der Vertreter für Hamburg III, die skandalösen Zustände der Hamburger Trinkwasser-Verhältnisse zur Sprache brachte. Die Debatte wird morgen fortgesetzt.

Nichts ist so dumm, daß es die Offiziere nicht als Hilfsmittel für die Militärvorlage ins Gesicht führten. Vor allem zeichnet sich Herr Pindter aus, der in seinem Blatte, das sich rühmt, niemals „Fraktionspolitik“ zu treiben — es ist eben unwandelbar nur der Bediente des Zentralsverbandes deutscher Industrieller und des jedesmaligen Kursus — die ergötzlichsten Streifen aufmarschieren läßt. Nachdem er die Campaigne zu Gunsten der neuen Volksbelastung mit einem „alten Wachtmeister“ und einem „Katholiken“ eröffnet, und dann etwelche „Arbeiter“ mobil gemacht, erschreit jetzt „ein guter Deutscher in Rußland“. Selbiger Wiederemann schreibt: „Wenn das Gros der Volksvertreter wirklich in seiner Ablehnung verharren sollte, dann sollte das ganze deutsche Volk seine Stimme erheben und erklären: Wir haben Vertrauen zu unserm Kaiser und obersten Kriegsherrn, er wird mit seinen alten, im Kriegsdienst erfahrenen Generalen am besten wissen, was zur Erhaltung des Deutschen Reiches notwendig ist, wir sind zu jedem Opfer bereit, das zur Ehre für Kaiser und Reich und zum Schutze unseres Eigenthums erforderlich ist.“ Wenn der „gute Deutsche“ zu „jedem Opfer“ bereit ist, so mögen er und seinesgleichen ihren Beutel aufstun und die Kosten der neuen Vorlage decken. Hier gilt kein Mundspigen mehr, hier muß — geblecht werden. Also die Taschen auf! —

Nach „ein Grund für die Militärvorlage“. Im Organ der Schienenblätter, Steuerdefraudanten und Kohlenritter, der „Helmisch-Westfälischen Zeitung“ vom 22. d. M. liest man:

Angesichts dieser planmäßigen Verführung des Volkes durch die sozialdemokratischen Pöbel ist es gewiß von ungeheurem Werth für die Erhaltung unseres christlichen Staates, daß wir eine strenge Schule des Volkes haben, in welcher ein großer Theil der männlichen Bevölkerung längere Zeit den sozialdemokratischen Einflüssen entzogen und anderen Einwirkungen zugeführt wird. Diese Schule ist die Armee, in welcher alle wehrfähigen jungen Männer zu brauchbaren Soldaten herangebildet werden sollen. Das heißt, der Wehrpflichtige lernt dort diejenigen Pflichten, welche im zweiten Kriegsjahrteile wie folgt bezeichnet sind: „Die unverbrüchliche Wahrung der im Fahnenkreuze gelobten Treue ist des Soldaten erste Pflicht. Nachdem erfordert der Beruf des Soldaten Kriegstüchtigkeit, Muth bei allen Dienstobliegenheiten, Tapferkeit im Kriege, Gehorsam gegen den Vorgesetzten, ehrenhafte Führung in und außer dem Dienst, gutes und rechtliches Verhalten gegen die Kameraden.“ Es liegt auf der Hand, daß durch die sorgfältige Durchbildung des Körpers und Geistes nach diesen im „militärischen Katechismus“ niedergelegten Grundregeln nicht nur aus Wehrpflichtigen kriegsbrauchbare Soldaten gemacht werden, sondern daß der brave Soldat, bei welchem solche Durchbildung voll gelungen ist, auch ein treuer Staatsbürger und „darum ein nützbringendes Mitglied unserer bürgerlichen Gesellschaft, ein Feind des sozialdemokratischen Zukunftsstaates werden wird.“

Wie der Heeresdienst — siehe Soldatenmishandlungen, Selbstmorde in der Armee, Hilfestellung bei Treibjagden u. s. w. — für unsere Sache ohne unser Zutun agitirt, braucht nicht erst erörtert zu werden. — Wie sie in Kengsten sind, das Baare-Besindel! —

Der neue Bund. Zwar sind die Zentrumsleute schutzbläuerlich bis auf die Knochen, aber sie laviren gleich den „edlen Polen“ um „oben“ nicht anzustößen. Nach der „Kreuz-Zeitung“ war in die Leitung der Livoliversammlung „und für die weiteren Veranlassungen“ durch Zurschickung worden das Zentrum Mitglied Mooren-Cuppen. Daraus erklärt die „Germania“, das ultramontane Hauptorgan: „Betreffs des einzigen Zentrumsabgeordneten, Mooren, sind wir in der Lage richtig zu stellen, daß derselbe in der Versammlung nicht anwesend war und

er sich lieber die Zunge abgebeissen. Da es unmöglich war, sich auszusprechen, war die einzige Möglichkeit, die ihm blieb, den vertrauten Umgang mit Gregor aufzugeben und mit ihm von nun ab auf nur kameradschaftlichem Fuße zu verkehren. Das war Andrej außerordentlich unangenehm; da es sich aber nun einmal nicht ändern ließ, so mußte es sein. Gregor war sein einziger Freund, was man unter Freundschaft in der Welt, in welcher er lebte, verstand. Jetzt würde er keinen Freund haben, das war alles.

Andrej pflegte von seinen Entschlüssen, welcher Art sie auch sein mochten, selten abzuweichen. Aber diesmal fiel es ihm schwer. Nur mühsam suchte er sich in die neue Situation hineinzufinden. Er athmete erleichtert auf, als Gregor seine Manuskripte hervorholte und zu lesen begann.

Er hatte nicht einen seiner politischen Artikel oder Flugblätter, die er „im Schweiße seines Angesichts“ schrieb, sondern die Frucht seiner Musestunden mitgebracht. Verse, theils lyrische Gedichte, theils spitze Epigramme; jedes einzelne behandelte ein besonderes Thema, aber alle waren so eng durch eine gemeinsame Idee verbunden, daß man sie als Theile einer einheitlichen Sammlung betrachten konnte.

Die Morgenämmerung der russischen Revolution wurde in diesen Gedichten besungen. Er verherrlichte die Propaganda der gebildeten Jugend „unter dem Volke“ und verkündete das Evangelium des Sozialismus und die Herrschaft des Glüdes und der Weiblichkeit.

Da Gregor's Werke zu verschiedener Zeit und in verschiedener Stimmung geschaffen waren, so trugen sie den Charakter des Fragmentarischen und waren von ungleichem Werthe. Humoristisches wechselte mit Pathetischem; kurzen Stenzen folgten längere Gedichte. Aber diese Unregelmäßigkeit und der anscheinende Mangel an Einheit ermöglichten es Gregor, die vielen Seiten des Stoffes, den diese Epoche voll Edelmut und Aufopferung der poetischen Behandlung entgegenbrachte, zu bewältigen.

Gregor's Dichtungen begannen mit einer kurzen Sammlung: „Unter dem väterlichen Dache“. Dieser Zyklus schilderte die innere Anruhe einer empfänglichen jungen Seele, die leidenschaftlich nach Wahrheit und Gerechtigkeit verlangt und aus den schmuckvollen Kompromissen und

die auf ihn gefallene Wahl nicht annehmen wird.“ — Wir tragen heute nach die ausführliche konservative Abstimmungsübersicht in Sachen des deutsch-österreichischen Handelsvertrages (namentliche Abstimmung in der Reichstags-Sitzung vom 18. Dezember 1891):

Für den Vertrag haben gestimmt: Graf von Arnim (Möthenburg-Hopewerda), Saumbach (Altenburg), Landrath Graf von Behr (Greiffswald-Grimmen), Bod (Minden), von Bügge (Raugard-Regenwalde), Dr. Giese (Oschag), Freiherr von Gillingen (Württemberg), Regierungspräsident Dr. Prinz Handjery (Zettow), Dr. Hartmann (Blauen), Fürst von Hahnseld (Militz-Trebnitz), von Haldorf (Schlochau), Landrath von Hellmann (Wissa), Graf von Holstein (Pöön), Hulshch (Dresden), von Keudell (Stralsund), Graf Klein-Schmenzin (Dramburg), Leuschner (Siedleben), von Ledebow (Königsberg i. N.), Lucius (Erfurt), Freiherr von Ralshahn-Vanselow (Anklam), Landrath Freiherr von Mantuffel (Kallau-Ludau), Merbach (Freiberg), von Normann (Greiffenberg), Graf von Salder (Abtins (Kuppin-Templin), Landrath Febr. von Schleinitz (Hersfeld), Landrath von Steinrück (Frankfurt-Debus), Uhden (Krossen), Landrath Febr. von Urubow (Dömitz).

Der Abstimmung enthielten sich: Landrath Vohg (Sternberg), Graf von Donhoff-Friedrichstein (Landkreis Rügenberg).

Ohne Entschuldigung fehlten: Ober-Regierungsrath Töbillet (Gumbinnen), Graf zu Dohna-Schlobitten (Marienburg-Eltzing), Ministerialrath Gamp (Deutsch-Krone), Regierungspräsident Steinmann (Erfurt).

Entschuldigt fehlten: Fürst von Bismarck, Stöcker (Stegen), Oberpräsident Graf Stolberg (Rastenburg), Landrath von Winterfeldt (Prenglau).

Beurlaubt fehlten: Ademann (Dresden), Schlett (Schopau), Hempel (Bauhen).

Krank waren: Klemm (Sachsen), von Standy (Angerburg), Febr. von Stumm (Ottweiler-St. Wendel).

Es haben also gestimmt konservative und freikonservative: für die Handelsverträge und die Herabsetzung der Zölle 28; ausbleiben sind 17. Gegen die Handelsverträge haben gestimmt die nicht ausgeführten 88 konservativen und freikonservativen Reichstags-Abgeordneten.

In einem zweiten Artikel, so bettelhaft wie der erste, schneidet der Kaiser der Reichsregierung, der Pindter, noch lustigere Kapriolen vor dem neuen Bunde. Die Junker quittiren mit spöttischer Freude über diesen ihren Erfolg. Was verschlägt es, wenn die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ siebengescheidete Betrachtungen über die Nothwendigkeit der Einfuhr fremden Brodloths anstellt, da sie doch die Kornvertheurer demüthig umschmeichelt? In den „Hamburger Nachrichten“ giebt Bismarck, der Regisseur des Spektakels, über dessen Erfolg ihm der von Pöbel persönlich Bericht erstattet hat, dem Raubritterbunde seinen väterlichen Segen und streut einen Sprühregen von Wohlthaten über den „Staatsanwalt“ von Marzschall, der den „genialen“ Herber in Staatssekretariat des Auswärtigen Amtes abgedöst hat, über den „Troupier“ Caprioli, der nicht säe, nicht ernte und doch sein Gehalt bezieht; der Reichskongler hat bekanntlich „keinen Ar, aus dem ein Halm wächst“, ist also nicht so vorurtheilhaft wie der Guts-, Wald-, Papiermühlen- und Schnapsbrennerei-Besitzer von Varzin. — Die Agitatoren machen für sich geschäftiger Fleiß, als irgend ein weiland Auericher vom Mühlendamm. Dieselben Hurrah-Hedentreiber, die vorgestern als „Bund der Landwirthe“, gestern als „Bauernbund“ ihre Absicht aussprachen, dem Volke das Fell über die Ohren zu ziehen, tagen heute zum gleichen Zwecke als „Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer“. Dieselben Statisten, dieselben Komödianten, dieselben Souffleure, dieselbe Posse, nur mit einem etwas stärkeren Schuß Doppelwährungs-Humbig. —

Aus der „Ferienfsonie“. In Weissenburg (Elsaß) sind, wie die „Volks-Zeitung“ meldet, wegen Verweigerung des Gehorsams und Thätlichkeiten gegen einen Unteroffizier außerhalb des Dienstes zwei Soldaten des 60. Infanterie-Regiments zu 5 resp. 10 Jahren Festung verurtheilt worden. Die Trunkenheit, in der sich die Soldaten befanden, wurde als erschwerender Umstand in Betracht gezogen. Die draconische Strenge der Militärgerichte tritt zu Tage in den Urtheilen, gefällt gegen Soldaten, ihre Milde in dem Ausmaß der Strafen, wie sie verhängt werden über Vorgesetzte, die ihre Untergebenen gemißhandelt und gequält haben. Weshalb die Sol-

dem verächtlichen Lurus des reichen Mannes in der Mitte hungernder Millionen einen Ausweg sucht. Der folgende Abschnitt, betitelt: „In grünen Gärten“, war der längste und abwechslungsreichste. Hier war die harte Arbeit und die reine Freude der ersten Propagandisten besungen. Der Ton dieses Theiles wirkte äußerst anregend. In die bald rührenden, bald erheiternden Abenteuer waren Bilder des ländlichen Lebens und Treidens verflochten. Das Schlussgedicht war das ergreifendste und vom künstlerischen Standpunkte aus das beste des Ganzen. Es war der Schwanengesang eines jungen Propagandisten, bei dem Nebengänge aus seinem „zeitweiligen Grabe“ — der Gefängnißzelle — in das ewige. Dieser Gesang war mild und sanft wie die Zeit, welche er behandelte. Das künstlerische Gefühl hatte Gregor davor bewahrt, seinen Helden zum Träger seiner jetzigen Ansichten und Gefühle zu machen. Sein Propagandist war ein wirklicher Mann seiner Zeit, einer jener Arbeiter am Beginn des Tages, der noch nicht durch die langen Jahre der Brausamkeit verbittert ist.

Er vergißt das ihm angethane Unrecht und beklagt nicht ein Leben, welches in seiner Blüthe geknickt wird. Er findet einen bescheidenen Trost in dem Gedanken, daß er seinem Volke, dem er verhindert wurde, durch seine Arbeit zu dienen, noch durch seinen Tod dienen könne.

Gregor's Aufrichtigkeit und Wahrhaftigkeit erfuhren wie immer reichliche Belohnung. Die rührende Gestalt seines Helden, der mit solch muthwilliger Grausamkeit hingerichtet wird, spricht machtvoller zum Herzen als irgend eine Aufforderung zum Unwillen und zur Wache es vermöchte. Andrej lautete entsetzt und fürchtete sich, ein Wort zu sprechen. Er besand sich unter dem Zauber von Gregor's melodischen Gedanken, welche die bösen Geister, die von ihm Besitz ergriffen hatten, beunruhigten, und fürchtete sich, diesen Zauber zu brechen.

Diese Gesänge aus der jüngsten Vergangenheit waren für ihn mehr als bloßes Kunstwerk, sie waren Zeugen und Erinnerungen seines eigenen Lebens. Sowohl er als Gregor waren seinerzeit aktive Propagandisten gewesen. Bevor sie Terroristen geworden, hatten sie all' diese Gefühle getheilt.

daten gegen den Weissenburger Unteroffizier sich vorgegangen haben, wird nicht gemeldet. Wer die Geschichte des Krieges im Frieden kennt, wie sie zum mindesten bruchstückweise ab und an in die Öffentlichkeit dringt, wer sich an die Erlasse des Prinzen Georg zu Sachsen und des bairischen Kriegsministers v. Saffersing erinnert, wer sich die Fälle Schwengber u. s. w. vergegenwärtigt, der weiß, daß in dem Dunkel des hinter verschlossenen Thüren sich abspielenden geheimen Verfahrrens ein gut Stück furchtbarer Tragik verborgen ist. Erst dann wird Wandel geschaffen werden, wenn das geheime Verfahren beseitigt, die Militärgerichtsbarkeit demokratisirt ist, und Soldat wie Bürger vor einem Volksgerichte ihre Sache zu führen haben. —

Klagliche Tröbse sind die „evangelischen Männer“, die im Wupperthal (Barmen) und in der Rheinpfalz, Einspruchsversammlungen gegen die Wiederzulassung der Jesuiten abhalten, den Kaiser und den Reichskongler an telegraphischen und den Jesuitenorden für den Ruin Deutschlands erklären. Wir haben nichts dagegen, daß die Väter der Gesellschaft Jesu ins Deutsche Reich zurückkehren, die Sozialdemokratie hat das Jesuitengesetz grundsätzlich bekämpft und wird für seine Aufhebung stimmen. Uns soll es recht sein, mit den Schülern des Loyola, die das Zentrum als die berufenen Sozialistenboten ausgiebt, die Klänge zu kreuzen; auch diese „geistigen Waffen“ scheuen wir nicht. Aber der Protestantismus stellt sich das läglichste Armutzeugniß durch seine schlotternde Furcht vor einem Pöpel aus, der nur Thoren und Kinder schreckt. Unseres Bürgerthums erschreckende Ohnmacht tritt eben klar zu Tage: es bekennet, daß es geistige Mächte nicht anders mehr zu bekämpfen vermag als mit dem Polizeistock. —

Reichstags-Erfahrung für den Wahlkreis Siegen-Sauerland-Goldberg. Das vollständige Resultat ist noch nicht festgestellt. Bisher sind gewählt: Für Jungfer (freisinnig) 10 855 Stimmen, für Hertwig (Mitte) 5999 St., für Kühn (Soziald.) 4931 St., für Graf Rothkirch (konservativ) 1302 St. Nur wenige Orte, welche diese Zahlen nur unbedeutend ändern können, stehen noch aus. —

Kolonialpolitische. Ueber den Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Freiherr von Soden, welcher voraussichtlich von seinem Posten zurücktreten wird, weiß die „Vossische Zeitung“ recht Erbanliches zu melden. Soden, der vorher in Kamerun als oberster Beamter war, hat dort ein wenig empfehlenswerthes Andenken zurückgelassen. Wie jetzt bekannt wird, hat er trotz seiner Stellung als höchster Regierungsbeamter es nicht unterlassen, auf eigene Rechnung Landankäufe zu machen. Wenn auch bei anderen Nationen, sagt die Vossische Zeitung, vor allem bei den Portugiesen, solche Fälle nicht selten sind, daß Kolonialbeamte durch Kauf und Verkauf von Landgebieten innerhalb ihrer Kolonien ihr Einkommen zu vermehren bestrebt sind, so war dies doch im deutschen Beamtenstande bisher nicht bloß nicht Sitte, sondern es galt geradezu als verpönt. In der That sind ähnliche Fälle bisher nicht zu verzeichnen gewesen, und wir glauben gut unterrichtet zu sein, wenn wir behaupten, daß man an maßgebender Stelle Herrn von Soden seine Handlungsweise sehr verübeln hat. Wir wollen hinzufügen, daß das Jahresgehalt des Herrn von Soden als Gouverneur von Deutsch-Ostafrika einschließlich der Repräsentationsgelder insgesammt 50 000 M. betrug. Die Kolonialabenteuer, in die das Deutsche Reich vertritt, ist, schädigen dasselbe und nähern nur einer Handvoll Großhändler und anderer Kapitalisten und avancementslustigen Junkerprohlingen, die ihre „Schneidigkeit“ bei den Schwarzen bewähren. —

Panama. Auf der Basler Fastnacht erschien im Maskenzug ein als Präsident Carnot Maske, der auf dem Rücken einen Riesensack von 500 000 Franks mit der Unterschrift: Pour acquit (Empfangen) trug. Der Chef des Auswärtigen, Bundesrath Sacherl hat, wie die „Frankfurter Zeitung“ berichtet, dem französischen Botschafter Trago, der sich über den betreffenden Vorfall bei ihm beklagte, erklärt, der Bundesrath werde über das Vorkommniß eine Untersuchung anordnen. Sollte wirklich eine strafbare Handlung vorliegen, so schreitet der Bundesanwalt nur ein, nachdem die französische Regierung beim Bundesrath unter

Der junge Mann auf dem Todtenbette in der Gefängnißzelle personifizierte vielgeliebte, in gutem Andenken stehende Freunde, welche thatächlich dieses Schicksal und aus demselben Grunde betroffen hatte.

Eine edle und reine Nahrung, welche durch den Zauber der Poesie erweckt wurde, beruhigte Andrej's hochgestiegene Gemüthsbewegung und tief wieder bessere Gefühle für Gregor in ihm wach. In ihren Bestrebungen, Idealen und Charakteren war so viel Gemeinames, daß eine Verstimmung zwischen ihnen nicht lange währen konnte.

Das Vorlesen hatte nicht länger als eine Stunde gedauert. Als Gregor geendet hatte, brach Andrej in offenen und warmen Beifall aus, der auch vollkommen berechtigt war, denn es war bei weitem das Beste, was Gregor geschrieben hatte. Andrej machte einige kritische Bemerkungen und gab einige Rathschläge. Sie sprachen leicht und frei, und Gregor brauchte nicht länger nach einer Erklärung für Andrej's Benehmen zu suchen, denn es war ebenso natürlich und unangezwungen wie immer.

Andrej mußte aber ablehnen, an dem Spottergange theilzunehmen, den Gregor vorschlug, weil er noch einen dringenden chiffirten Brief zu schreiben hatte.

Lange Zeit blieb er in derselben Stellung, in der Gregor ihn verlassen hatte, am Fenster stehen. Er besand sich noch unter dem Einfluß des Wertes, daß er soeben gehört hatte, es war in der That bezaubernd. Das Talent Gregor's hatte sich schnell entwickelt, und er verstand ein wahrer Dichter zu werden. Glücklich Mensch! Auf seiner Stirne stand das Siegel der Auserwählten. Er besaß auch Herz; die Dinge, die er schrieb konnten nicht das Werk der bloßen Einbildung sein. Er mußte tief und stark empfinden, um solche zu Herzen gehende Worte zu finden.

Der Schriftsteller trat in den Hintergrund. Andrej begann an den Menschen zu denken und die Wunde in seinem Herzen, welche sich für einen Moment geschlossen hatte, öffnete sich aufs neue. Aber Gregor's Betragen erschien ihm nicht in demselben Lichte wie letzte Nacht.

(Fortsetzung folgt.)

Sicherung des Eigentums ein formliches Strafverlangen gestellt und der Bundesrath die Strafuntersuchung beschlossen hat. Auf Betreiben Bismarck's, des kleinlichsten aller Vögel, wurde bekanntlich der junge Handelskommissar Schill verfolgt und mit 800 Frank's Buße bestraft, weil er auf der Basler Fastnacht von 1888 die deutsche Regierung durch ein „Vive la France“ (Es lebe Frankreich) beleidigt beleidigt hatte. Wenn die Regierung der französischen Republik das schlechte Beispiel Bismarck's, der sich dabei bis auf die Knochen blamirt hat, nachahmte, würde sie damit zeigen, daß sie gegen die öffentliche Kritik und Satire empfindlich wäre, wie ein hinterrussischer Krautjunker, und vor der Rede- und Pressfreiheit Furcht hätte. Es ist stets ein Zeichen des Besfalls, wenn das politische Pasquill, der Spott und Hohn, gerichtet gegen öffentliche Einrichtungen, der politische Witz verfolgt werden. **Maskenfeste!** —

Gegen das allgemeine Stimmrecht in Belgien kämpfen die Gewaltthäter mit den schäblichsten Mitteln. Das offiziöse „Journal de Bruxelles“ (Brüsseler Journal) warnt in der Referendumfrage die opponierenden Gemeinderäte vor der bisher in ähnlichen Fällen niemals angewendeten durch das Strafgesetz vorgesehenen Bestrafung bis zu 5 Jahren Gefängnis. Wird alles nichts nützen. —

Rumänisches. Die Debatte wegen der Zulassung fremder d. h. jüdischer Jüglinge zu den Gewerbeschulen, die in der Deputirtenkammer stattfand, endigte damit, daß den Fremden der Eintritt in die staatlichen Gewerbeschulen als zahlende Jüglinge bewilligt wurde. —

Die italienischen Panamisten sind in furchtbarer Aufregung — was ausbreiten kann, reißt aus. Aber die „Großen“ können es meist nicht, ohne daß sie auf Amt, Würden und soziale Stellung verzichten. Und die Ursache des Schrecks? Lanlono, der gefangene Direktor der „Admischen Bank“, hat eine Generalbeichte abgelegt und dem Gericht die Liste der Hauptländer übergeben. Es befinden sich darauf zwei Ministerpräsidenten und zahlreiche Minister und Exminister, sonstige hervorragende und hervorragende Stützen des Staats und der Gesellschaft.

Und nun, wo ist der Pericles, der den Augiasstall reinigt? —

Frankreich. Die Regierung hat mit den Vorbereitungen für die Neuwahlen begonnen, und an die Behörden entsprechende Weisungen ergehen lassen. Unsere Genossen sind auf dem Plan — wie wir mit Genauigkeit feststellen. —

Aus Paris wird uns unterm 20. d. M. geschrieben: Der Nationalrath der französischen Arbeiterpartei, zu dessen Mitgliedern Guesde, Lafargue, Ferroul u. s. w. gehören, hat ein Manifest an die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Partei erlassen, in welchem dieselben aufgefordert werden, schon jetzt mit den Vorbereitungen auf den im September stattfindenden Wahlkampf zu beginnen, Fonds zu sammeln, Agitationsreisen zu veranstalten, Scharlisten über das Manifest ländliche Arbeiterprogramme zu verbreiten u. s. f. Wenn den Parteigenossen von gegnerischer Seite, mögen es nun Radikale, Sozialisten oder Monarchisten sein, die Forderung der Verfassungsrevision entgegengehalten würde, so sollten sie, empfiehlt ihnen der Nationalrath, diese Forderung unbedingt zu der ihrigen machen, denn mehr als alle anderen Parteien hätten die Sozialisten, welche die Revision der ganzen Verfassungsordnung anstreben, das Recht und die Pflicht, ein solches Verlangen zu stellen. —

Genosse Guline ist in Roubaix zum dritten Male als sozialdemokratischer Kandidat für die Arrondissementswahl aufgestellt worden. Obwohl die Regierung seine Wahl bereits zweimal als ungesetzlich annullirt hat, steht seine Wiederwahl am 5. März außer allem Zweifel. —

Der Metallarbeiter-Ausstand in Nive-de-Gier wird mit Beharrlichkeit fortgesetzt; zu bedeutenderen Anhebungen ist es bis jetzt nicht gekommen, trotzdem die Regierung die dortige Gegend militärisch besetzt hat. Es handelt sich bei dem Streik um die grundsätzliche Verantwortung der Frage: Hat die Gewerkschaft, welche doch fast durchgängig nur einen Theil der Arbeiter umfaßt, das Recht, im Namen aller Arbeiter mit den Unternehmern zu verhandeln? Die Hüttenbesitzer verneinen diese Frage entschieden; die organisirten Arbeiter bejahen sie. Eine Vermittelung zwischen diesen beiden Standpunkten ist unmöglich; es wird sich zeigen, wer beim Kampfe der Schwächere ist und weichen muß; nur die Macht wird entscheiden. In verschiedenen größeren Städten Frankreichs haben Versammlungen zur moralischen und materiellen Unterstützung der streikenden Arbeiter stattgefunden, so u. a. lezhin in Marseille, wo der Abgeordnete Antide Boyer und der Stadtrath Treffaud als Referenten auftraten. Interessant und erwähnenswerth ist noch ein Zugeständnis des Senators von Nive-de-Gier, de la Bergerie, über den Ursprung des Streiks; dieser Senator, der über die Sachlage genau unterrichtet ist und bereits mehrere Artikel über den Ausstand in kapitalistischen Blättern veröffentlicht hat, schreibt im „Século“, dessen regelmäßiger Mitarbeiter er ist, der Streik sei besonders von einer Firma, die er nennt, gewünscht worden, und die Leiter dieser Firma hätten hauptsächlich dazu beigetragen, den Ausstand zu provozieren. Es handelt sich hierbei vermuthlich um die Wessitong einiger schwächerer Konkurrenten, deren Ruin man durch die Streikverluste herbeizuführen sucht. —

Gladstone hat Eile. Er will die zweite Lesung der Home-rule-Bill am 13. März — also schon vor den Osterferien — beginnen lassen. Dadurch wird mindestens ein Monat gewonnen, und den Konservativen die Zeit der Agitation beträchtlich abgekürzt. Die Taktik Gladstone's ist also durchaus klug. —

Was ist ein Partei-Organ? Das ist eine Frage über die Herr Dr. Marx u. s. f., wie über so viele andere Dinge, sich nicht klar geworden ist. Aus seinen gestrigen Bemerkungen über einige Artikel des „Vorwärts“ erhellt, daß er der Meinung lebt, ein Partei-Organ könne nichts bringen, was nicht von der offiziellen Vertretung der Partei mit ihrem Kunststempel versehen worden. Von anderen Parteien mag das ja richtig sein, allein dem Herrn Dr. Marx Dirsch ist auch hier wieder einmal passiert, was das komische Mißgeschick fast aller Sozialistenblätter ist, er schiebt der Sozialdemokratie die Eigenschaften der alten Parteien unter und führt Luftstriebe gegen das eigene Spiegelbild. Die Sozialdemokratie hat keinen Nürnberger Reichthum, sie kennt keine Schablone, sie hat die vollste Meinungsfreiheit und das unbeschränkte Recht der Kritik innerhalb des Kreises unseres Programms und anderer Weltanschauungen. Wir lassen jeden nach seiner Façon selig werden. Wir pflegen die Selbstständigkeit des Denkens, weil in ihr das Element höchster Stärke liegt — und Verschiedenheit der Auffassung ist uns nicht etwas Lästiges oder gar

Verwerfliches, sondern im Gegentheil ein erstrebliches Zeichen schöpferischer Kraft. Der „Vorwärts“ ist nicht Organ des Parteivorstandes, nicht Organ der sozialdemokratischen Fraktion oder sonst einer Körperschaft oder Gruppe — er ist Organ der Partei, und zwar der Gesamtpartei, und soll nach Möglichkeit den Gesamtgeist der Partei zum Ausdruck bringen. „Offiziell“ sind nur die Veröffentlichungen, die sich als solche kundgeben. Die Bekanntmachungen des Vorstandes, die Erklärungen der Fraktion — wie z. B. in Sachen des Marx'schen Programmbriefs — sind offiziell. Im übrigen findet, natürlich so weit der Raum es erlaubt, jede Einsendung Aufnahme, die nach Form und Inhalt den vernünftigen Anforderungen entspricht. Und die Redaktion hält sich nicht für berechtigt, von ihren eigenen abweichende Meinungen aus dem „Vorwärts“ zu verbannen, der ja ebenso wenig Eigentum der „Redaktion“ wie des Vorstandes oder sonst einer Körperschaft ist. Wenn Herr Dirsch unser Blatt regelmäßig liest, wird er in derselben Nummer nicht selten auf entgegengegesetzte oder wenigstens nicht übereinstimmende Urtheile stoßen. Nichts ist leichter, als geistige Uniformität, platte, stramme Einerleiheit herstellen, nichts bequemer — aber auch nichts gefährlicher für eine Partei, namentlich eine demokratisch-revolutionäre wie die sozialdemokratische. Was die von Herrn Dr. Marx Dirsch in der gestrigen Reichstags-Sitzung angegriffenen Artikel des „Vorwärts“ betrifft, so rühren sie von einem Parteigenossen her, der in den einschlägigen Fragen einer der Kundigsten und Versäntesten ist, und dessen Namen auch über die Grenzen Deutschlands hinaus Geltung hat. Der Standpunkt, den dieser Genosse in den einschlägigen Fragen vertritt, ist im wesentlichen der unsrige. Was die Ausstellungen des Herrn Dr. Marx Dirsch und anderer betrifft, so würden wir unseren Freund und Mitarbeiter beleidigen, wenn wir in sein Recht der Antwort und der Abfertigung eingriffen. —

Parlamentarisches.

Die II. Kommission setzte in ihrer heutigen Sitzung den Wortlaut der §§ 2 und 3 des Gesetzes gegen den Verrath militärischer Geheimnisse in erster Lesung fest. Der § 2 erhielt folgenden Wortlaut:

Wer außer dem Falle des § 1 vorsätzlich und rechtswidrig Gegenstände oder Nachrichten der dazselbst bezeichneten Art in den Besitz oder zur Kenntniß eines anderen gelangen läßt, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten oder mit Festungshaft von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

Neben der Freiheitsstrafe kann auf Geldstrafe bis zu 5000 M. erkannt werden.

Der Versuch ist strafbar.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe oder Festungshaft bis zu 3 Monaten ein.

§ 3 wurde nach dem Wortlaute der Vorlage angenommen. Derselbe lautet: Wer vorsätzlich den Besitz oder die Kenntniß von Gegenständen oder Nachrichten der in § 1 bezeichneten Art in der Absicht sich verschafft, davon zu einer die Sicherheit des Deutschen Reichs gefährdenden Mittheilung an andere Gebrauch zu machen, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft, neben welchem auf Geldstrafe bis zu 10000 M. erkannt werden kann.

Gegen diesen Paragraphen stimmte nur der Abgeordnete Mollenhuth.

In der Petitionskommission wurden heute die Petitionen der Frauvereine zu Leipzig und Weimar, die Zulassung des weiblichen Geschlechts zum medizinischen und philosophischen Studium u. dergleichen, verhandelt. In der Debatte, an der sich die Abgg. Schröder, Feil, Schäfer, nationalliberal, Geyer und Kunert, soj. theilnahmen, kam unabweisbar der Standpunkt zum Ausdruck, daß dem Andrängen der Frauen auf diesem Gebiet mehr Berücksichtigung als bisher zu schenken sei. Auch die Ansicht wurde von einigen Rednern kundgegeben, daß die früher gegen das Eingreifen des Reichs erhobenen Kompetenzbedenken, die nie genügend substantirt waren, im Schwinden begriffen seien. Der Regierungskommissar, Geheimrath Weg-Rath Werner, brachte den Petitionen keine Sympathie entgegen und verwies darauf, daß es wünschenswerth wäre, wenn diese Frage, falls sie in Angriff genommen werden sollte, möglichst einheitlich, d. h. in Uebereinstimmung mit den Einzelregierungen geregelt würde. Es wurden dem Regierungskommissar einige Erwiderungen darauf zu theil. Bei der Verathung desselben Gegenstandes im Jahre 1891 entschied sich die Petitionskommission, die Petitionen dem Reichsanwalt zur Erwägung zu überweisen. Letzter waren in der Plenarversammlung des Reichstags in jenem Jahre die Kompetenzbedenken überwiegend und der Reichstag ging deshalb gegen eine starke Minorität zur Tagesordnung über. Heute stellte der Referent in der Kommission, der freisinnige Abg. Schröder, den Antrag, die betreffenden Petitionen ohne Rücksicht auf den Initiativantrag Baumhach's für das Plenum, der nur zum Theil dasselbe wie die Petitionen fordert, dem Reichsanwalt zur Veranschlagung zu überweisen. Dieser Antrag fiel gegen die Stimmen der Freisinnigen, Sozialdemokraten und Volksparteiler, worauf ein Antrag, die Petitionen dem Reichsanwalt zur Erwägung zu überweisen, bei abgestimmig angenommen wurde. Die Angelegenheit wird jedenfalls das Plenum lebhaft beschäftigen.

Parteinachrichten.

Protestversammlungen gegen die Militärvorlage wurden weiter abgehalten in Reusstadt a. O. (Ref.: Leven-Gera), Haderleben (Ref. Stromberg-Hamburg), Stadt Sulza (Ref.: Leuter-Appolda).

Aus Meerane i. S. wird uns geschrieben: Wie wenig Sympathie für die neue Militärvorlage sogar in den Kreisen der Militärvereine herrscht, kann man deutlich aus folgendem ersehen. Der diesige reaktionäre sächsische Verein, der sich nur mit rädelsüchtigen und politischen Angelegenheiten beschäftigt, hielt am 18. Februar eine öffentliche Vereinsversammlung zu Gunsten der neuen Militärvorlage ab. Als Referent war zuerst der Landgerichtsrath Schneider aus Essen, dann aber der Generalsekretär Pakig aus Berlin genannt. Der Verein, der selber gegen 400 Mitglieder zählt, hatte noch die fünf hier bestehenden Militärvereine öffentlich eingeladen, von denen die größeren 250 bzw. 150 Mitglieder zählen. Trotzdem waren in der Versammlung ganze 76 Mann anwesend. Ein Beweis dafür, wie wenig die Regierung sich auf die Militärvereine verlassen kann.

Reichstags-Kandidatur. Für die am 7. März im Wahlkreise Amberg stattfindende Reichstags- Ergänzungswahl ist der Genosse J. Siebenbürger als Kandidat aufgestellt worden.

Gemeindewahlen. In Lebere (Braunschweig) wurde in der dritten Klasse ein Sozialdemokrat in den Gemeinderath gewählt. Auch in Braunlage a. S. siegte in derselben Klasse ein Genosse.

In „Schlagel und Eisen“, dem Organ der Bernadettens im Saarrevier, finden wir folgende Mittheilung: „Bistock. Unser Kamerad Barten ist am 20. d. Mts. aus der Untersuchungshaft entlassen worden und will nun wieder, zum größten Leidwesen unserer „Freunde“, in unserer Mitte. Glück auf dazu! Barten wurde bekanntlich im Berlin mit drei anderen Vorstandsmitgliedern des Reichshauptvereins mitten im Streik und zur Zeit der höchsten Aufregung in den Kreisen der Kohlenarbeiter verhaftet. Als Grund für diese Verhaftung wurde angebliche Unterschlagung von Vereinsgeldern angegeben, und die Bekürter der Interessen der Grubenbesitzer, die Herren Stamm, Häbler und der Handelsminister von Veresich, konnten sich vor Entrüstung nicht genug thun über diesen „Verbruch an Kameraden“. Im Reichstag fand diese billige Zügelmeierei bereits durch den Abgeordneten Kuer die gebührende Zurückweisung. Jetzt hat man Barten wieder auf freiem Fuß sehen müssen, nachdem vor dessen Inhaftnahme die Untersuchung bereits zwei Jahre anhängig war. Diese ganzen Vorgänge werfen ein recht beachtendes Licht auf die Art, wie die Arbeiter und ihre Vertrauensmänner im Saarrevier behandelt werden.“

Die politischen Zustände Elsas-Lothringens bilden das Thema einer Rede, die Genosse Buch aus Müllhausen in einer Volksversammlung zu Ludwigsbagen hielt. Nachdem er vorausgeschickt hatte, daß er die Gastfreundschaft eines Nachbarlandes in Anspruch nehmen müsse, um über sein Vaterland zu sprechen, weil das der Sozialdemokratie in Elsas-Lothringen verboten sei, schilderte er die Press-, Vereins- und Versammlungs-unfreiheit, unter der die Arbeiter der Reichsländer seufzen und die in den französischen Gesezen ihre Ursache hat, und wies dann die Verächtlichkeit des Chauvinismus zurück, mit welcher die deutsche Regierung das Begehren nach Abschaffung der französischen und Einführung der deutschen Geseze seit und ständig zu begründen sucht. Franzosenfreundlich im Sinne des Chauvinismus sei das arbeitende Volk Elsas-Lothringens nicht, es sei international und verabscheue jeden Krieg, zumal einen solchen zwischen Frankreich und Deutschland, weil dieser zuerst Elsas-Lothringern treffen würde. Das elssächsische Volk wolle ein Verbindungsmitglied zwischen den französischen und deutschen Proletariaten, aber kein Sturmbock sein. Die Volksversammlung nahm das Referat mit lebhaftem Beifall auf und sah einstimmig folgende Resolution: Die heutige Versammlung hat die Ueberzeugung gewonnen, daß die Zustände in Elsas-Lothringens eines Rechtsstaates unwürdige sind. Die Versammlung protestirt mit aller Entschiedenheit gegen die Behandlung der Elsas-Lothringer Bevölkerung in dem Press-, Vereins- und Versammlungs-gesetz und spricht die Ueberzeugung aus, daß die Sozialdemokratie, als Feindin aller Ausnahmegeretze, mit ihrem Siege auch der unterdrückten Elsas-Lothringer Bevölkerung die endgiltige Befreiung von der Diktatur bringen wird.“

Partei Finanzen. Uebd.: Einnahme des Vertrauensmannes im 1. Quartal 1892: 344,81 M., 2. Quartal: 1150,02 M., 3. Quartal: 240,26 M., 4. Quartal: 444,44 M., in Summa 2179,03 M. Ausgegeben wurden im 1. Quartal: 522,63 M., 2. Quartal: 622,90 M., 3. Quartal: 46,35 M., 4. Quartal: 574,95 M., in Summa 1766,83 M. Somit ist im Jahre 1892 eine Mehrerinnahme von 412,20 M. erzielt worden. Hierzu den Kassenbestand vom Jahre 1891 im Betrage von 486,92 M. gerechnet, ergibt einen Gesamtbestand von 869,12 M. Laut Beschluß der Parteiversammlung werden hiervon 300 M. an den Parteivorstand in Berlin überandt und 500 M. dem Wahlfonds überwiesen, der separat verwaltet wird und mit diesen 600 M. die Höhe von 2300,04 M. erreicht.

Warnung. Zwei Diebe, Moriz Jäger und Adolf Mehr, in Gesellschaft eines Spiegels namens Samuel Popiel, die alle drei keinem Arbeiterverein angehören, beginnen in Lemberg von heute an ein „sozialistisches“ Zweiwochenblatt in deutscher Sprache, betitelt: „Sozialist“, Organ der unabhängigen sozialistischen Arbeiterpartei in Galizien“, herauszugeben.

Lemberg, 20. Februar 1893.
Mit sozialdemokratischem Gruß
Redaktion und Administration der Zeitung
„Robotnik“ in Lemberg.

Die spanische Sozialdemokratie hat zu den im März stattfindenden allgemeinen Wahlen überall eigene Kandidaten aufgestellt.

Das Zentralkomitee der sozialistischen Arbeiterpartei Italiens beschloß, zu September d. J. einen Kongreß nach Reggio Emilia einzuberufen und an alle Arbeiter Italiens die Aufforderung zu richten, den 1. Mai zu feiern und nach Maßgabe ihres Verdienstes einen Beitrag zur Parteikasse zu zahlen.

Postzeitliches, Gerichtliches etc.
— Redakteur Grimpe in Eberfeld wurde von der Anklage der Gotteslästerung freigesprochen, die er durch den in der „Freien Presse“ erfolgten Abdruck einer Rezension über das Buch „Glauben und Wissen“ begangen haben sollte. Der Staatsanwalt hatte 4 Monate Gefängnis beantragt. In der Urtheilsbegründung heißt es, daß wenn der Angeklagte als Atheist den Nachweis von der Nichtexistenz Gottes zu führen suchte, er dabei doch eine Gotteslästerung begehen könne; auch dem Hinweis, daß die Strafverfolgung ausgeschlossen sei, weil es sich um eine philosophische Abhandlung handle, könne sich das Gericht nicht anschließen; im vorliegenden Falle sei aber die Absicht, Gott zu lähern, nicht hervorgetreten, und deshalb auf Freisprechung zu erkennen. Wegen eines anderen Artikels desselben Blattes, wurde Redakteur Gevex zu 8 Wochen Gefängnis und der Schriftführer einer Moleroversammlung, dessen Bericht den Inhalt des Artikels bildete, zu 20 M. Geldstrafe verurtheilt. In dem Bericht war einem Unternehmer, der die Anstaltsarbeiten des neuen Gumnasiums für 2608 M. übernommen hatte, während das Höchstgebot 6000 M. betrug, nachgelagt worden, daß er den durch den niedrigen Preis entstandenen Schaden aus den Knochen der Arbeiter herauszöge. Dadurch fühlte sich der Unternehmer beleidigt. Der Staatsanwalt hielt es für berechtigt, daß wenn ein Unternehmer bei der Submission eine Arbeit unter Preis übernommen hat, er sich an den Löhnen der Arbeiter schadlos halte. Wenn diesen der Lohn nicht hoch genug sei, könnten sie ja gehen. Er beantragte 14 Tage bzw. 50 M. Strafe, das Gericht ging in bezug auf den Redakteur Gevex also noch über den Antrag des Staatsanwalts hinaus.

Der Vertrauensmann A. Haudert-Appolda ist am Sonnabend nach Verhütung einer Gefängnisstrafe von 4 Wochen, welche ihm wegen Verrath, Nichter- und Weidarmenbeleidigung auferlegt worden war, aus dem Gefängnis entlassen worden.

— Dem Genossen Schäfer in Mannheim waren die Geschäftsbücher beschlagnahmt worden. Man hat sie ihm jetzt zurückgegeben. Selbst die „Neue Badische Landes-Zeitung“, die die Beschlagnahme zu einer Sensationsnachricht ausgenutzt hatte, meint jetzt reumüthig: „Es dürfte (aus der Aufhebung der Beschlagnahme) hervorgehen, daß die damaligen Mittheilungen verschiedener Blätter über unkorrekte Führung der Bücher im sächsischen Geschäfte unzutreffend gewesen sind.“

— Wegen Beleidigung von vier Vorstandsmitgliedern der Knochenbrüder in Salsbühren bei Kiel hat der Redakteur der „Norddeutschen Volks-Zeitung“, Gustav Stengels, 300 M. Geldstrafe zu zahlen und die übrigen Nebenstrafen zu tragen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung

Theater.

Donnerstag, 23. Februar.
Opernhaus. Freund Fröh. Schauspielhaus. Bajantassa. Deutsches Theater. Zwei glückliche Tage.
Freilicht-Theater. Der Hüttenbesitzer.
Rehdenj - Theater. Gläubiger. Familie Pont-Biquet.
Kessing - Theater. Eine Palast-Revolution.
Wagner - Theater. Der Probe-spiel.
Woll's Theater. Jar und Zimmermann.
Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.
Neues Theater. Lolla.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der Gardehufar.
Adolph Ernst-Theater. Modernes Babylon.
Thomas-Theater. Einen Zug will er sich machen.
National-Theater. Die Kunst des Lebens.
Alexanderplatz-Theater. Die Königstochter als Bettlerin oder: Die Schule des Lebens.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst - Theater.
 Zum 61. Male:
Modernes Babylon.
 Gefangnisse in 8 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt. Couplets theilweise von G. Görs. Musik von G. Steffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.
 Novität! Novität!
Der Dussel
 (Nulpus)
 Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tolstoi von Oscar Wagner.
 (Klemm - Ede . . . Martin Bendix.)
Alfred Bender
 in seinem neuesten Originalvortrag
Der Volksmund in Berlin.
 Blank, der beste Vaucredner.
 Anhaltender Erfolg.
Die Trockenwohner.

Passage-Panopticum.
Neu!
 Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchens.

Castan's Panoptikum.
 Hagenbeck's gr. zoolog. Wunder:
Lili.

Kleinst. lebend. Elefant d. Welt,
 90 Zentimeter hoch, 110 Zentimeter lang, 78 Kilo schwer.
Tal-za-Wunder-Illusionen-Theater.
 Grosses Künstler-Konzert.
 Sämtlich ohne Extra-Entree.

Concordia - Festsäle.
 C. Saeger.
 Andreasstr. 64 u. Krautstr. 33.
Sonntag, 26. Februar:
 Neu! Neu!
Ein Abend am Meeresstrand. (50/2*)
 Näheres i. d. Sonntags-Anzeigen.

* Mädfengarderobe, neu, f. Herren und Damen, preiswerth. Hochzeitskleider, Gesellschafts- u. Ballkleider, Neuaufstr. 34.

Circus Renz.

(Karlstraße.)
 Donnerstag, den 23. Februar 1893,
 Abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.

Ein Künstlerfest.

Große Ausstattungs-Pantomime vom Hofballetmeister Siems. Auf das Glänzendste in Szene gesetzt v. Direktor **Fr. Renz.** Ueberraschende Licht- u. Wasserreflekte. Ballet v. 100 Damen. Grosser Blumen-Corso.
 Zum Schluss: Gr. Brillant-Feuerwerk. Außerdem: **Mr. James Willis** mit dem Schupferde Markir. Schulquadrille, angef. v. Dir. Fr. Renz, 8 Schimmelhengste in Freiheit dressirt, vorgef. v. Herrn Oskar Renz; Goldbird, in der hohen Schule ger. v. Fr. Clotilde Hager etc.
 Morgen, Freitag: **Ein Künstlerfest.** Sonntag: 2 gr. Vorstellungen um 4 Uhr (1 Kind frei) und um 7 1/2 Uhr. Billet-Vorverkauf an der Zirkusstrasse u. beim „Invalidendank“, Markgrafenstrasse 51a.
Fr. Renz, Direktor.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Großartiger Erfolg des neuen Programms.
 Mr. Hendrik, Hugaston, Massias, Clark, Valois, Vanoni, Hurloy's, Laurence, Türk u. s. w.
 Das Theater ist gut geheizt.
 Anfang Wochentags 8 Uhr.
 Entree 50 Pf.

Gratweil's Bierhallen

Kommandantenstraße 77-79.
 Täglich:
Germania-Konzert- u. Komplet-Sänger
 sowie Auftreten des musikal. Clown **Mr. Barna** und Damen-Imitator **Willy Wilson.**
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
 Zwei Säle
 zu Versammlungen und Vergnügungen, sowie 6 Billards und 3 Regelbahnen.
F. Sodtke.

Etablissement North-Platz.

Buggenhagen.
 Täglich: Instrumental-Konzert. Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Ausfucht von **Pahenhof Lagerbier**, hell und dunkel. In **Honn- und Festtagen** findet das Konzert in den oberen Sälen statt.
 Entree Wocheit. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf. Säle für Versammlungen, Kommerz, Festlichkeiten etc.

Feen-Palast.

Heute, Donnerstag, den 23. Februar:
Preis-Ringkampf
 zwischen dem bis jetzt unbesiegten Griechen **Mr. Antonio Pierri** und dem Herrn **Rudolph Kugler**
 Präsident des Athleten-Clubs „Nordstern-Berlin“.
 Vorher: **Gr. Spezialitäten-Vorstellung** mit Extra-Programm.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.
 Passpartouts haben keine Gültigkeit.
 Vorverkauf findet Vormittags von 11-1 Uhr statt.

Musik-Instrumente.

Großtes Lager in Althorn, Violinen, Guitarrn, allen Blasinstrumenten, sowie Harmonikas jeder Art. **Musikwerke** zum Drehen und selbstspielend (mit Arbeiterliedern). Reparaturen schnell und gut. Großes Notenlager.
Aug. Kessler, 51. Lausitzerstr. 51.

Die bei der Inventur im Preise herabgesetzten
Kleiderstoffe und Mäntel
 stellen wir zum Ausverkauf.
 1 Posten Hanskleiderstoffe in sehr dauerh. Qualitäten Meter 40 Pf.
 1 Posten Cachemirs u. schwarzer Fantasiestoffe 1 Mk.
 1 Posten Ballstoffe in reicher Farben-Auswahl Robe 5.50 Mk.
 1 Posten helle Kleiderstoffe zu Frühjahrskleidern passend Meter 1 Mk.
 1 gr. Auswahl sehr hübscher Morgenröcke 5,50, 6,50, 8 Mk.
 1 grosse Auswahl fertiger Kleider 15, 20, 25 Mk.
 1 grosse Auswahl Regenmäntel 10 Mk., 12 Mk., 15 Mk.

Sielmann & Rosenberg, Kommandantenstrasse Ecke Lindenstrasse.

Am 20. d. Mis., Abends 11 1/2 Uhr, entschlief nach langen Leiden unser Bruder, Onkel und Schwager, der **Hutmacher Willy Papesch.** Die Beerdigung findet am Freitag, Nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle Belle-Alliancestrasse, erster Eingang von der Barutherstrasse aus, statt.
 Die hinterbliebenen Geschwister. 1467b Sterbehau: Ballstr. 76.

Todes-Anzeige.
 Heute Mittag 1 1/2 Uhr entschlief nach kurzem Krankenlager meine liebe Frau und gute Mutter
Anna Werner
 geb. Scheuritz
 im noch nicht vollendeten 51. Lebensjahre. Dies zeigen hiermit, um stille Beileid bittend an,
 Berlin, den 21. Februar 1893.
S. Werner nebst Tochter,
 Prenzlauerstr. 20.

Die Beerdigung findet am Freitag, Nachm. 4 Uhr, von der Halle des neuen Marien- und Nikolai-Kirchhofes, Prenzlauer Allee 3, aus statt. 48/1

Der in unbekannter Abwesenheit lebende Tischler-geselle **Robert Heseler** wird hierdurch aufgefordert, behufs Abhebung der v. seiner Schwester **Emilie Heseler** hieselbst ihm zugefallenen Erbschaft bei dem Unterzeichneten oder bei d. **Lüpfmeister Albert Heseler,** Berlin W., Kleiststr. 6, recht bald sich zu melden. [3715]*
Rechtsanwalt Liebrecht.
 Charlottenburg, Berlinerstr. 104.

Allg. deutsche Zuschuss-Kranken- und Sterbekasse.
 (Sitz Mainz).
Mitglieder-Versammlung
 am Freitag, den 24. Februar cr., Abends 8 1/2 Uhr b. **Schirmmacher,** Andreasstr. 26.

Tagesordnung: 1. Wie stellen sich die Mitglieder zur Einrichtung d. örtlichen Verwaltung. Sind dieselben für mehrere Filialen oder eine Filiale in mehreren Jahrestellen am Orte? 2. Wahl d. resp. Vorstandes. 3. Verschiedenes.
 Mitgliedsbuch resp. beglaub. Aufnahme-schein legitimirt.
 406 2] **Der Bevollmächtigte.**

Die Beleidigung gegen Frau Morche, Herrn Krause und Herrn Schwobeda nehme ich zurück. **Fritz Wolff.**

Amerika. Billets für die sichersten Hamburger Schnell-Dampfer durch die Generalagentur **Aug. Langor,** Platz Neues Thor 1a, parterre; nicht Laden.

Oeffentliche Versammlung sämmtlicher Holz-Arbeiter (Kistenmacher, Stellmacher, Tischler, Zimmerleute u. s. w.)

am **Donnerstag, den 23. Februar, Abends 8 1/2 Uhr,** bei **Boltz** (früher Feuerstein), Alte Jakobstr. 75.
 Tagesordnung:
 1. Der Streik in der Kistenfabrik von **Manuhelm, Wasserthorstrasse 9.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Einberufer.
 191/8

Große öffentliche Versammlung sämmtl. Rutscher Berlins u. Umg.

am **Freitag, den 24. Februar, Abends 9 1/2 Uhr,** in **Paase's Lokal (Königsbau), Gr. Frankfurterstr. 117.**
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des **Genossen Fritz Zubeil** über die Bedeutung der **Gewerkschaftsorganisation.** 2. Diskussion und event. Beschlussfassung über den Anschluss der **Droschkentischer** an die bestehende freie Vereinigung der Rutscher Berlins und Umgegend. 3. Verschiedenes. — Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert es das Interesse jedes einzelnen Rutscher, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Einberufer.
 A. Schulz.
 1460b

Wachtung! Kistenmacher! Wachtung! Grosser Wiener Maskenball

am **Sonnabend, den 25. Februar, in den Concordia-Festsälen, Krautstr. 38 und Andreasstr. 64.**
 Arrangirt vom **Interessenverein der Kistenmacher Berlins.**
 Während der Kaffeepause komische Vorträge und verschiedene Ueberraschungen. — Billets hierzu à 40 Pf. sind beim Kollegen **Kargo, Petrisstr. 29,** auf dem Arbeitsnachweis Marktstr. 29, und bei sämmtlichen Vorstandsmitgliedern zu haben. Zu zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein
Der Vorstand.
 191/9

Verein Berliner Gastwirthsgehilfen.

Unser **Vereinsbureau** befindet sich vom 1. März ab statt **Annenstr. 14 Annenstr. 16, prt. (Louisenstädt. Clubhaus).**
 (Telephon Amt IV 1116.)
Der Vorstand.
 368/8*

Echter Langensalza'er Kantabak von Gebrüder Adler.

Zu haben in den meisten Tabakhandlungen Berlins und Umgegend. **Cigaretten - Engros-lager** in den Preislagen von **M. 25,- bis M. 100,-;** Haupt-Niederlage: **Judenstrasse 20.**

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
 Berlin SW., Beuthstraße 2.
 Soeben erschien:
Heft 37
 der
Reden und Schriften Ferd. Lassalle's
 (Vollständig in ca. 50 Heften à 20 Pf.)
 Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Zeitungs- und Kolporteurs entgegen.

Beachtenswerth!
 Für jede Dame Frühjahrs-Jackets 2,50, Sommer-Jackets 3, 3,50, 4 M. Regenmäntel 3, 4, 5, 6 M. kommen von heute ab zum Ausverkauf im **Damen-Mantel-Bazar S. G. Leyfer u. Co., Leipzigerstrasse 91, 1 Treppe.** 66/4

Zahneziehen, schmerzlos u. gefahrlos mit lokaler Betäubung (1 Mk.) mittelst **Cocain**. (1 Mk.) (Neues Verfahren)
Mercurdöden, Plombiren, Zahnreinigen, künstliche Zähne. (8658)*
Bohnstr. 7, part., Ludwig Diehl.

Gesundheit ist Reichtum.
 Verlangen Sie gefl. portofreie Zusend. u. Preisliste billiger populär-medizin. Schriften. **H. Gutbier, Berlin SW. 46.**

Homöopathische Klinik, Brunnenstr. 40. Spr. 11-12, 4-5. Sonnt. 9-10
Neue Koffstr. 3. Zahnarzt Cohn. Schmerzlos: Zahnziehen von 1.-M. Füllen u. Zahnersatz. **Christy Zahn- u. Poliklinik.** 8658L*
Dr. Hoesch, homöopath. Arzt, Bienenstr. 149. 8-10, 5-7. Sonnt. 8-10.
Kinderwagen, größtes Fabriklager, billigste Preise, auch Theilzahlung. **Oranienstr. 3 im Korbgeschäft.**
Kinderwagen, größtes Lager Berlins
Andreasstr. 23. Dr.
 Ein gut gehendes Parfümerie- und Seifengeschäft, auch Drogen-Verkauf, ist Abreise halber preiswerth zu verkaufen **Zwinglstr. 27, Roabit.** 1468b*
 Betten, feiner Stand, neu, sofort für 22 M. zu verk. **Bricherstr. 10, v. part.**
 50., **Lübbenerstr. 20** febl. Wohn-, Etage, Küche, Kofel, Keller, Boden 80 bis 92 Zblt. zu verm. 130 M*

Weddingstraße 8
 sind billige Wohnungen und ein Laden zu vermieten. 86382*
 Die billigsten Wohnungen, bestehend aus 1 St. u. 2 St., Küche, sep. Korr., sind **Schulstr. 50.** 1325b*
 Ein möbl. separat liegendes Zimmer an Herren oder Damen zu verm. **Gräfe-strasse 93, 3 Tr. links, bei der Kottbusser Bude.** 1461b
 Ein zuverlässiger Justizier und ein tüchtiger Messinglinien-Austoker werden sofort verlangt von der **Schiffgeherlei Emil Gurich,** 1461b Ritterstr. 90.
 Einen Knaben, der gut vorliest, sucht für einen Nachmittag in der Woche. 1465b **Nichtsteig, Ritterstr. 89.**
 Hierzu eine Beilage.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

49. Sitzung vom 22. Februar 1893, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Bötticher, Schulz.
Vor der Tagesordnung bemerkt Präsident v. Levetzow: Gestern hat ein Mitglied des Hauses einen Reichsangehörigen, der die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt, jedenfalls wegen Mordes nicht vorbestraft ist, einen Massenmörder genannt. Ich bestritte den Mitgliedern des Hauses nicht das Recht, Thatsachen vorzubringen, welche außerhalb des Hauses stehende Personen betreffen, zumal wenn diese Thatsachen auf Beweismaterial gestützt sind. Der gebrauchte Ausdruck ist aber eine Beschimpfung und entspricht nicht der Würde des Hauses, sondern erscheint mir als ein Mißbrauch der Redefreiheit. Ich bemerke dies für die Zukunft, damit aus meinem gestrigen Schweigen nicht ein Präjudiz hergeleitet wird (Weißm.).

Das Haus tritt darauf in die Tagesordnung ein und genehmigt zunächst ohne Debatte in dritter Lesung definitiv den Gesetzentwurf, betreffend die Einführung einer einheitlichen Zeitbestimmung.

Sodann wird die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern fortgesetzt. Zur Debatte steht das Ausgabe-Kapitel „Statistisches Amt“ 806 535 M.

Abg. Dr. Dirsch (Dfr.) bemängelt, daß die Statistik, welche das Amt über die Krankengeschichte der Arbeiter aufgestellt hat, lückenhaft ist. Es fehle an Angaben über die Verfassung und den Stand der einzelnen Krankenkassen; nur über die finanzielle Seite der Sache werde Auskunft gegeben. Man könne aus den Zahlen auch nicht erfahren, wie es mit der Stetigkeit der Mitglieder bei den einzelnen Kassen sich verhält. Von den Ortskrankenkassen erfährt man nicht, wie viele sich thatsächlich auf einen Ort, wie viele sich auf mehrere Orte erstrecken: Bei den Innungs-Krankenkassen war der Eintritt 154 pCt., der Austritt 142 pCt.; es waren also 1 1/2 mal so viel Mitglieder ausgeschieden und eingetreten, als überhaupt vorhanden waren. Diese Dinge dürfen nicht mit Stillschweigen übergegangen werden. Ebenso müßte die wichtige Frage der ärztlichen Behandlung der Mitglieder hier wieder berührt werden. Das Prinzip der freien Arztwahl gewinne immer mehr Anhang, eine tief gehende Bewegung im Lande habe dieses Prinzip für das Beste erklärt. Dann fragt Redner über die Benachteiligung der freien Hilfsklassen, welche diese fortgesetzt den Zwangs-Kassen gegenüber erfahren, obwohl Licht und Schatten für beide Kategorien gleich verteilt sein sollen. In einer Berliner Ortskrankenkasse sei den gesetzlichen Bestimmungen entgegen kein Referendums angeammelt worden, jetzt brauche die Kasse eine Anleihe, und der Magistrat beantrage ohne weiteres die Genehmigung dieser Anleihe. Was würde wohl geschehen sein, wenn eine freie Kasse keinen Referendums angeammelt und die Genehmigung einer Anleihe nachgesucht hätte?

Staatssekretär v. Bötticher: Die von dem Vorredner vermischten Angaben über die Distrikte der Orts-Krankenkassen sind im Centralblatt für das Deutsche Reich bereits gegeben worden. Die Austritts- und Eintrittsziffern für die Gesetzgebung unklar zu machen scheint mir nicht möglich. Wir haben schon jetzt mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, um die Verwalter und Rechnungsführer der Kassen dahin zu bringen, daß sie richtig und gern die erforderlichen statistischen Angaben machen. Ich kann daher den Vorredner nur bitten, mit seinen Anregungen in dieser Hinsicht recht sparsam zu sein. Wir haben bei der Verwaltung immer den Standpunkt „cui bono?“ eingenommen, ehe wir eine neue statistische Maßnahme ins Werk setzten. Dasselbe gilt von der Nachforschung über die Zahl der Fälle, in denen die freie Arztwahl angenommen ist, wie auch von der Ruhbarmachung der Betriebsergebnisse der Krankenkassen für die Frage des Grades der Gesundheitsgefährlichkeit der einzelnen Betriebe. Die Notiz betreffend die Orts-Krankenkasse der Maurer in Berlin kenne ich nicht näher; ich glaube, die Sache hängt so zusammen, daß die Kasse ihren Verpflichtungen gegen die Mitglieder nicht nachgekommen ist und zwar deswegen nicht, weil ein Theil der Unternehmer die Beiträge nicht gezahlt hat. (Sehr richtig! links.) Wenn hier ein Darlehen bewilligt wird, so ist damit noch keine Subvention unter Umgehung des Gesetzes erfolgt. Gleiches Licht und gleichen Schatten will ich auch heute noch für beide Arten von Kassen, freie und Zwangs-Kassen.

Abg. Schröder (Dfr.): Die Aufsichtsbehörde wird zu prüfen haben, ob der Magistrat in Berlin, der hier in Betracht kommt, dem Gesetze gemäß gehandelt hat. Herr von Bötticher ist dagegen, daß zu große Anforderungen an die Geschäfts- und Rechnungsführer der Krankenkassen gestellt werden bezüglich statistischer Zusammenstellungen. Ganz einverstanden! Aber wir brauchen dieses notwendige Material sehr nöthig, und die Leistungsfähigkeit der Persönlichkeiten ist doch im allgemeinen nicht zu unterschätzen. Man verfährt bei uns darin immer noch viel zu ängstlich. In England stehen aus dem Arbeiterstande hervorgegangene Leute an der Spitze des Labour Department. Das Verfahren, solche dem Arbeiterstande angehörige Personen in autoritative Stellungen zu bringen, trägt unbedingt am meisten dazu bei, das Vertrauen der Arbeiter zu der staatlichen Gesetzgebung und ihren Organen zu erzeugen und zu fördern. Ich bitte daher im Punkte der Statistik nicht nachzulassen und auch unsere Kommission für Arbeiterstatistik immer mehr sich auszuwachsen zu lassen zu der ihr gebührenden Bedeutung für die Ermittlung der deutschen Arbeiter- und Arbeitsverhältnisse.

Abg. Vahl (natl.) warnt vor Ueberlastung der ehrenamtlichen Organe mit derartigen Arbeiten; man müsse sich vielmehr auf diesem Gebiete der weitgehendsten Beschränkung befleißigen.

Abg. Müller (natl.) schließt sich diesem Wunsch namentlich auch in Ansehung der Kommission für Arbeiterstatistik an. Die Wünsche des Herrn Dirsch, und namentlich des Herrn Schröder, sehen eine so vollständige, konzentrierte gewerkschaftliche Organisation voraus, wie sie zwar England, aber nicht Deutschland besitzt.

Abg. Dr. Dirsch: Bei den Verwaltungsstellen mag ja eine Ueberlastung vorhanden sein, bei den Arbeitern ist das nicht der Fall. Gewiß ist ein großer Theil des statistischen Apparates überflüssig, das gilt aber nur von den oberen Behörden, mit ihrem vielen überflüssigen Schreibwerk. Herr Schröder will keine neue oberste Behörde für die Arbeiterverhältnisse haben; es würde gar keine großen Anstrengungen bedürfen, um aus der Kommission für Arbeiterstatistik ein reichsstatistisches Arbeitsamt als Abtheilung des statistischen Amtes zu machen. Den von mir vorgetragenen Wünschen wird hoffentlich der Staatssekretär Rechnung tragen. Wir haben es mit der Kranken-„Berichterstattung“ zu thun und diese setzt doch eine gewisse Stetigkeit voraus. Ein Arbeiter, der hies auf Wochen oder Monate gegen Krankheit versichert ist, ist kein versicherter Mann. Wenn die Austritte und Eintritte die Zahl des Bestandes der Mitglieder einer Klasse übertragen, so ist das ein Zeichen dafür, daß das ganze System der Krankenkassen krank. Arbeitslose Perioden von Monaten, von Vierteljahre kann man nicht mit dem Hinweis darauf abthun, daß ja die freiwillige Weiterversicherung gegeben ist; diese steht lediglich auf dem Papiere, die Möglichkeit der

Ausführung ist nicht vorhanden. Was die freie Arztwahl anbetrifft, so darf doch nicht außer Acht gelassen werden, daß es auch eine innere Entwidlung der Kassen giebt und daß es für diese von höchster Wichtigkeit sein kann zu erfahren, welche Fortschritte oder Rückschritte das Prinzip der freien Arztwahl in Deutschland gemacht hat. Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Normal-Nachungskommission“ bringt

Abg. Goldschmidt (Dfr.) eine Eingabe zur Sprache, welche die Ausdehnung des Nachwangs auf Bierfasser betrifft. Die Petition des Brauerbundes an den Reichstag schildert die Uebelstände des gegenwärtigen Zustandes, monach geachtete Fässer nicht vorgefunden sind. Dieser Mangel verursacht Streitigkeiten zwischen Brauereien und Wirthen und üble Konkurrenzmanöver der Brauereien unter einander. Der Nachwangs bestehe in Oesterreich seit langem zur Zufriedenheit aller Beteiligten. Wenn die Brauer sich an die Reichsregierung wenden, verweist diese sie an die Einzelstaaten, diese dann an die Ortsbehörden und diese wieder an das Reich zurück. Ich bitte die Regierung um Berücksichtigung dieses Wunsches der Brauer und um entsprechende Aenderung des § 12 der Maß- und Gewichtordnung.

Staatssekretär v. Bötticher: Der Reichstag hat seiner Zeit den bezüglichen Vorschlag der Regierung mit großer Mehrheit verworfen. Wir haben aus Anlaß der Petition die Sachlage von neuem geprüft und auch die Normal-Nachungskommission wird damit befaßt werden. Schwierigkeiten stehen dieser Einführung des Nachwangs nicht entgegen. Die Frage ist also in Fluß, eine Entscheidung aber noch nicht getroffen.

Das Kapitel wird bewilligt. Es folgt Kapitel 13 „Reichs-Gesundheitsamt“ 208 770 M.

Auf eine Anfrage des Abg. Lingenß (Z.) betreffs der Massenbeerdigungen aus Anlaß der Cholera in Hamburg stellt Staatssekretär v. Bötticher ausführliche Auskunft in Aussicht.

Abg. Köfke (Wid.) erkundigt sich nach dem Stande der Frage des Verbots der Surrogate zur Bierbereitung. Die Frage ist seit 1872 in Deutschland akut, seit nämlich das Reich auch von dem Verbrauch der Bierurrogate seinen Tribut zieht. Das Verbrauchsquantum ist sehr gering, aber den Brauereien traut man seitdem nicht mehr so recht; man schob ihnen zu, den Hopfen durch Gerstenkeime, durch Krähenaugen, ja selbst Weidenrinde, Bernwurz, Aloe, Belladonna, Quassia u. s. w. zu ersetzen. Alles das sind Dinge, die die meisten Brauer nicht einmal dem Namen nach kennen. In dieser Richtung that sich besonders Herr Auer 1886 hervor. Inzwischen hat man wohl eingesehen, daß es mit diesen Surrogaten nicht so schlimm ist. Während aber früher die Regierung erklärte, daß Verbot könne nur ausgeführt werden mit einer Veränderung des Steuergesetzes selbst, hat jetzt Herr v. Malgahn gesagt, wir wollen zwar die Steuer erhöhen, aber nicht tiefer in die Produktionsverhältnisse eingreifen. Die Frage ist um so mehr akut, als durch das Reichsgericht Brauer wiederholt wegen Verbrauch von Surrogaten bestraft worden sind, obwohl sie für diesen Surrogatenverbrauch besteuert werden. So gut wie Bayern ohne Surrogate auskommen kann, kann es das norddeutsche Brauereigewerbe auf. Es hat zwar in den letzten Jahren in der Brauereigemeinschaft eine gewisse Zunahme stattgefunden, aber der Verbrauch im Ganzen ist sehr mäßig, 175 000 Zentner Surrogate im Jahre 1891/92 oder 1 1/2 pCt. des Malzverbrauchs; und in der Hauptsache figuriren unter den Surrogaten Zucker und Reis. Neuerdings legt man sich darauf, Surrogate ausfindig zu machen, welche der Besteuerung nicht unterliegen; so wird das Saccharin jetzt in allen Tonarten angepriesen, und mancher Brauer kommt dadurch in Versuchung und Gefahr. Helfen können hier nur klare, unzweifelhafte Vorschriften.

Staatssekretär v. Malgahn: Fast sämtliche Stoffe, die Herr Köfke aufzählte, sind nicht Malz, sondern Hopfenurrogate. Von solchen spricht das Gesetz von 1872 überhaupt nicht. Nur das Malz, nicht der Hopfen ist besteuert. Die Verwendung von Surrogaten ist in Norddeutschland ganz verschwunden. Das Verbot der Surrogate ist aus dem Grunde, den Herr Köfke schon angeführt hat, nicht in der Brauereivorlage aufgenommen worden.

Abg. Meyer-Berlin (Dfr.): Derjenige, welcher das Beste genießt, soll demjenigen, der sich das Beste nicht gönnen kann, wenigstens das Gute gönnen und ihn nicht auf das Schlechteste verweisen. Darum soll der, der reinen Wein und reines Bier nicht bezahlen kann, rettungslos verurtheilt sein, Schnaps zu trinken? Ich spreche in keiner Weise pro domo, ich fühle aber als Abgeordneter die Verpflichtung, mich gewisser Interessen anzunehmen, die hier im Hause keine Vertretung finden, aber eine solche verdienen. Ein Verbotsgesetz würde für eine Anzahl von Brauereien, welche bisher ihren Erwerb ehrlich gemacht haben, ein Todesstoß sein. Ich bin vollständig mit dem Verbot derjenigen Surrogate einverstanden, welche einen gesundheitsgefährlichen Charakter haben. Die anderen unschädlichen werden schon mit Unrecht Surrogate genannt; es sind Rohstoffe, welche einer besonderen Bearbeitung unterworfen werden. Gewisse norddeutsche Brauereien stellen ein übergähriges Bier her, welches stark exportirt wird und dem untergährigen Bier gar keine Konkurrenz macht. Zu diesem muß Zucker verwendet werden, nicht Kartoffel- nicht Stärkezucker, sondern der Regel nach Rohzucker. Zucker aber kann doch unmöglich als der Gesundheit nachtheilig dargestellt werden. Ein Verbot der Surrogate müßte um der Gerechtigkeit willen für die übergährigen Brauereien die Verwendung von Zucker nach wie vor zulassen. Es ist aber nur das Minimum dessen, was ich verlange. Ich ziehe reines Bier vor und fürchte sogar, daß meine Anhänglichkeit für dasselbe den zulässigen Grad überfliegen hat. (Heiterkeit.) Das reine Malzbier ist aber theuer. Bier ist kein logisches, sondern ein historischer Begriff. (Heiterkeit.) Nicht von altem Anfang an hat das Dogma gegolten, daß das Bier aus Malz und Hopfen gebraut werden soll; wohl aber hat sich herausgestellt, daß auf diesem Wege das beste Bier hergestellt werden kann. Die Technik wird aber fortschreiten, wie die absolute Vervollkommnungsfähigkeit der Menschen und der Brauer zu meinen Glaubenssätzen gehört. (Heiterkeit.) Man muß deshalb vermeiden, die Technik festzulegen. Das Verbot von Hopfenurrogaten ist mir recht, aber warum die Verwendung von Reis und Zucker verbieten? Was Herr Köfke als das Mindeste fordert, will ich als das Höchste zugeben. (Weißm. links.)

Abg. Goldschmidt: Herr Köfke hat schon angedeutet, daß es nicht in seiner Absicht liegt, die Surrogate für die übergährigen Exportbrauereien zu verbieten. Ich halte die Vorlage wegen der Brauereien für gescheitert und lege also kein großes Gewicht darauf, ob das Verbot der Surrogate darin steht oder nicht. Vor einigen Jahren hat der Herr Staatssekretär aber noch mitgeteilt, daß man in Preußen und im Reich mit Erwägungen über den Erlaß des Verbots beschäftigt sei, und Aehnliches hatte schon 1891 Herr v. Scholz erklärt. Was ein Verbot der Malzsurrogate überhaupt mit der Steuererhöhung zu thun hat, ist mir unklar. Die großen Brauereien haben kein Interesse am Verbot, vielmehr die mittleren und kleinen Brauereien. Weil einmal die Surrogate in Norddeutschland quasi erlaubt, in Süddeutschland verboten sind, hat sich ein Mißtrauen gegen die norddeutschen Brauereien herausgebildet. Es ist doch ein unhaltbarer

Zustand, daß die Surrogate versteuert werden und gleichwohl der Staatsanwalt auf Grund des Nahrungsmittel-Gesetzes Anklage erheben kann. Die Regierung sollte doch endlich ihr altes Versprechen einlösen.

Staatssekretär von Malgahn: Die verbündeten Regierungen haben kein Versprechen gemacht und können jetzt auch nicht des Wortbruchs beschuldigt werden. Die Anträge der Regierung sind abgelehnt worden. Es ist auch keineswegs das Interesse aller Brauereien, die Surrogate verboten zu wissen. Namentlich haben sich Bremer Brauereien obergährigen Exportbieres an uns in diesem Sinne gewendet. In der Kommission für das Brauereigesetz wird sich die Sache weiter erledigen lassen.

Abg. Müller: Für die Mehrzahl der Brauereien besteht der Wunsch nach dem Verbot der Surrogate und zwar berechtigter Weise. Die Kleinbrauereien obergähriger Biere sollten in der Steuer ermäßigt werden.

Staatssekretär von Malgahn stellt fest, daß dem letzteren Gedanken in der dem Reichstag gemachten Vorlage auch Ausdruck gegeben ist.

Abg. Köfke ist verwundert über die rührende Fürsorge des Abg. Meyer für den Gebrauch von Surrogaten. Herr Meyer sei der Urheber des geflügelten Wortes: „Das Bier, das nicht getrunken wird, hat seinen Beruf verfehlt!“ Wenn er durch Gesetz verurtheilt würde, Zeit seines Lebens Surrogatbier zu trinken, würde er wohl anders über seine Anregung denken. Jedenfalls dürfe nur dasjenige Bier heißen, welches aus Malz und Hopfen erzeugt ist. Die deutschen Brauer würden also auch zufrieden sein, wenn alles das, was aus Surrogaten hergestellt ist, den Namen Bier nicht mehr führen dürfte.

Abg. Fürst Dagsfeldt (Rp.) ist auch gegen ein Verbot der Surrogate, nur müsse man nach dem Vorgange bei der Kunstbutter auch dazu übergehen, die mit Hilfe von Surrogaten hergestellten Biere mit besonderen Unterscheidungsnamen zu versehen.

Staatssekretär v. Bötticher: Ich nehme an, daß das Bedürfnis des Hauses, Bierreden zu hören (Heiterkeit) erschöpft ist, und kann dazu übergehen, die Frage des Abg. Lingenß zu beantworten. Es hat sich herausgestellt, daß der Choleraausbruch bei den Choleraleichen in den Massengrabstätten sich nicht lange hält und eine Ansteckungsgefahr hieraus also sich nicht ergibt. Was den Witzbrand betrifft, so erhebt sich da der krankheits-erzeugende Keim zwar länger, aber es sind in dieser Beziehung vollständig genügend vorbeugende Maßregeln durch den Bundesrath vorgeschrieben worden.

Abg. Lingenß (Z.): Ich freue mich zwar dieser Auskunft, bedauere aber um so mehr, daß Hamburg die Erlaubnis zur Feuerbestattung gegeben hat, ein Vorgang, der auf ein christliches Gemüth nur verletzend wirken kann. (Widerpruch links.)

Abg. Gottschmidt: Ich bin persönlich kein Freund der Feuerbestattung, sondern würde vorziehen, bereitst in kühler Erde zu ruhen. Die Frage ist aber eine sanitäre und hat mit Christenthum und christlichem Gefühl nichts zu thun. Die großen Städte hätten schon längst Krematorien bewilligt erhalten sollen, zumal es nur noch eine Frage der Zeit ist, daß sie die bisherigen Kirchhofseinrichtungen aufgeben müssen. Ich bitte die Regierung sich bei dieser Frage von nicht in der Sache liegenden Nebenrücksichten nicht leiten zu lassen.

Staatssekretär von Bötticher: Die Errichtung oder Bestattung von Krematorien ist nicht Reichssache; das Reich begräbt niemand, noch weniger aber verbrennt es ihn. (Heiterkeit.)

Abg. Schröder (Dfr.): In großen Städten wie Berlin muß zu den Kirchhöfen schon jetzt beinahe eine Meile angetreten werden, und es wird die ärmere Bevölkerung durch Beerdigungskosten in einer Weise belastet, die geradezu den kirchlichen Interessen widerspricht. Eine Reihe von Kirchenstätten ist ausschließlich in ihrer Existenz auf Beerdigungskosten von einer Höhe angewiesen, die sich mit den christlichen Interessen nicht mehr verträgt. In manchen Gemeinden ist die Sache bis zum öffentlichen Standal geblieben. Diese thatsächlichen Verhältnisse haben namentlich das Bedürfnis nach der Feuerbestattung hervorgerufen. Das christliche Gefühl kann in dieser Beziehung sehr wohl gemahnt werden. Ich selbst habe einer solchen Zeremonie in Gotha beigewohnt und bezeuge, daß von der Feier dort ein ebenso würdiger und erhebender Eindruck als von den Beerdigungsfeiern zurückbleibt. Man soll diese Frage nicht mit kirchlichen und religiösen Rücksichten verquiden, es handelt sich um die Entwicklung einer Sitte, die von dem historischen Gebrauch der Väter abweicht, aber durch bestimmte hervorgetretene Bedürfnisse unabweislich geworden ist.

Der Präsident erwähnt die Redner, die Frage der Feuerbestattung nicht weiter zu verfolgen, da es sich dabei nicht um eine Reichssache handle.

Abg. Baumbach (Dfr.): Ich kann dieser Mahnung nicht folgen. Nach Artikel 4 Ziffer 15 der Reichsverfassung ist das Reich zuständig für Maßregeln der Medizinal- und Veterinär-polizei. Die Seuche in Hamburg hat die Maßregel des Senats durchaus notwendig gemacht. Ich bin kein Freund der kühlen Erde, sondern würde die Verbrennung durchaus vorziehen und entsprechende Anordnungen treffen. Das religiöse Moment stellt Herr Lingenß in den Vordergrund. Die Katholiken glauben, daß sie in diesem Leibe wieder aufstehen. In Danzig sind bei einem großen Brandunglück mehrere Feuerleute verunglückt, ihre Ueberreste sind noch jetzt nicht gefunden. Kann dieser Umstand irgendwie darauf von Einfluß sein, daß die Auferstehung dieser Armen verunglückten Leute dadurch betroffen wird? (Zustimmung.) Es wird uns ja demnächst das Reichsgesetzengesetz gehen; ich muß dem Abg. Lingenß den Schmerz bereiten, bei dieser Gelegenheit einen Antrag auf Einführung der Fakultativen Feuerbestattung einzubringen und hoffe bestimmt auf seine Annahme. Die Art, wie auf den Kirchhöfen die Gebeine der Verstorbenen umherliegen, wie die Schädel hier und da ausgehüllt, auf Etageren zusammengestellt werden, ist auch alles andere als erhehend.

Abg. Frohme (Soz.): Es steht keineswegs wissenschaftlich fest, daß die Beerdigung der Leichen keine Gefahren für die Gesellschaft habe. Es giebt hervorragende Stimmen in der Wissenschaft — und wir haben uns in Hamburg unter dem Eindruck der Choleraeuche eingehend damit beschäftigt — welche das genaue Gegentheil behaupten. Beispielsweise hat auf einem hygienischen Kongreß in London Henry Thomson die Erklärung abgegeben, die einzige Methode infektiöse Leichen wirklich unschädlich zu machen sei die Leichenverbrennung. Die Bakteriologen haben sich schon lange dafür ausgesprochen, um der Verbreitung der Cholera zu fernern. Man sollte sich hüten, diese bedeutsame Frage unter Berufung auf die Religion abzuhun. Herr Lingenß würde vielleicht anders reden, wenn er die schrecklichen Massenbeerdigungen von an der Cholera oder ähnlichen Krankheiten Gestorbenen zu beobachten Gelegenheit gehabt hätte. Ob es dem christlichen Geist und dem Humanitätsgefühl mehr entspricht, die menschlichen Leichen so schnell wie möglich einzusargen oder sie zu verbrennen, darüber dürfte die Entscheidung nicht schwer sein. Diese Frage gehört gewiß zur Kompetenz des Reichs-Gesundheitsamts, denn dies hat die Aufgabe, der öffentlichen Gesundheitspflege zu dienen. Die fakultative Feuerbestattung sollte durch Gesetz anerkannt

werden. Wie wenig diese Frage mit dem christlichen Gefühl zu thun hat, beweist, daß die Feuerbestattung erst von Karl dem Großen als mit der christlichen Lehre in Widerspruch stehend verboten worden ist. Wenn man in konservativen und ultramontanen Blättern Bemerkungen findet wie die, daß die ganze Forderung der Leichenverbrennung ein Ausfluß modern-jüdischen Wesens und Strebens sei, dann muß man allerdings daran verzweifeln, mit den Vertretern einer derartigen Geistesrichtung zu verhandeln. In absehbarer Zeit wird man wohl oder übel zur Leichenverbrennung übergehen müssen, weil in der Nähe der großen Städte kaum mehr der Platz für die Beerdigung der Leichen gefunden werden kann. Wie viele schöne und gesunde Wohnungen könnten da nicht errichtet werden für die Masse des Volks, welches jetzt unter der Wohnungsnot leidet. Man trübe sich ja nicht mit dem Gedanken, daß wir die Cholera nicht wieder herbeikommen werden, es kann noch viel schlimmer kommen. Wir sind sie in Hamburg und Altona den ganzen Winter nicht losgeworden und wir blicken mit einigem Bangen in die Zukunft. Was hat denn das Reichs-Gesundheitsamt in dieser Richtung bis jetzt gethan? Außer einigen bakteriologischen Untersuchungen nichts! Ich möchte den Mitgliedern dieses Amtes keinen Vorwurf, aber ich behaupte, daß dieses Amt eine ganz andere Organisation bekommen muß, wenn es den immer dringender werdenden Aufgaben der öffentlichen Hygiene gerecht werden soll. Es muß ihm die Nothwendigkeit beigelegt werden, gegen gesundheitswidrige Einrichtungen mit Erfolg vorzugehen. Eine sehr dankbare Aufgabe für das Reichs-Gesundheitsamt wäre die Untersuchung, welche ungünstigen Einflüsse die schlechte Volksernährung, die schlechten Wohnungsverhältnisse in Rücksicht auf die Cholera ausüben. Vom Desinfizieren wollen manche wissenschaftlichen Männer überhaupt nichts wissen, und bei uns in Hamburg sind, das kann ich mit gutem Gewissen aus Erfahrung behaupten, eine ganze Anzahl von Personen durch die unrichtigen Desinfektionsmittel der Krankheit nahe gebracht worden. In dem neuen Reichsgesetz über die Frage der Wohnungs-Hygiene mit keiner Silbe erwähnt. In Hamburg haben Vertreter meiner Partei unter dem Eindruck der Seuche auf eigene Faust und mit dankenswerther Unterstützung der Behörden eine Wohnungssequete veranfaßt, die geradezu grauenhafte Missethate zu Tage gefördert hat. Von Seiten der Altonaer Behörden haben wir leider eine solche Unterstützung nicht gefunden, sondern das Gegenteil. Vielleicht tritt das Reichs-Gesundheitsamt der Wohnungsfrage näher. Ich weiß sehr wohl, daß für das ganze Reich eine Bauordnung schwerlich erlassen werden kann; man kann aber wenigstens bestimmte allgemeine gültige und bleibende Grundsätze in hygienischer Beziehung geben. Ohne ein solches Gesetz ist auf dem Gebiete der Wohnungsfrage keine Abhilfe zu erwarten. Die großen Hausbesitzer, welche in der Vermietung schlechter Wohnungen eine Rentenquelle sehen, haben gar kein Interesse, auf diesem Gebiete irgend welche nennenswerthen Reformen eintreten zu lassen. Alle Maßnahmen aus den Kreisen der Wissenschaft haben nichts genützt, auch nicht bei den Behörden. Es wäre uns sehr erwünscht von der Regierung hierüber etwas zu erfahren. Man hat die Verdienste des Professors Koch im Reichstage zu würdigen gewußt, diejenigen aber, welche den Arbeitern eine bessere Lebenshaltung erringen, ihnen ein menschenwürdigeres Dasein sichern wollen, werden als Aufbeher, Störer der öffentlichen Ordnung gebrandmarkt. So lange Sie den Arbeitern nicht eine bessere Lage verschaffen, werden Sie vergeblich gegen die Seuchen kämpfen. Welch ein Widerspruch: Die Wissenschaft verlangt bessere Wohnungen, eine bessere Ernährung für die Massen und Sie bekämpfen uns, die wir dafür eintreten! Besiegen Sie das Elend mit uns, das ist die sicherste Gewähr gegen die Seuchengefahr. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Endemann (nall.): Der Kommandant fragt nach der Kompetenz des Reiches oder der Einzelstaaten nicht. Das Reichs-Gesundheitsamt hat schon recht viel geleistet und seine Maßnahmen in der Choleraepidemie sind nicht so ganz von der Hand zu weisen. Namentlich sind die Stationen an den deutschen Flüssen nicht ohne Erfolg gewesen. Sie glauben nicht an die Desinfektion, ich erkläre, daß wir ohne sie überhaupt keine Seuche Herr werden würden. Fast nicht, daß die hohe Temperatur den Bazillus am schnellsten tödtet und darum wünsche ich eine fakultative oder noch lieber eine obligatorische Leichenverbrennung bei Seuchen. In dem neuen Gesetz ist ja, wie Herr Frohme noch nicht gelesen zu haben scheint, ein Reichs-Gesundheitsrath vorgesehen, der nur besser ausgestaltet zu werden braucht.

Abg. Ringens: Nur die sanitäre Seite könnte der Frage der Feuerbestattung einige Berechtigung geben, aber in dieser Beziehung ist uns nichts nachgewiesen. In Berlin soll die Feuerbestattung 300 Thaler kosten (Widerspruch links). Von einer Beerdigung der Beerdigung kann also keine Rede sein. In Preußen ist ja die Sache entschieden, indem die Minister auf Petitionen ablehnend geantwortet haben. Es wird sich fragen, ob der von Herrn Baumbach angekündigte Antrag durchkommt.

Abg. Langerhans: Herr Ringens hat nicht das Recht, im Namen des Christenthums gegen die Leichenverbrennung zu sprechen. Der Magistrat von Berlin ist allerdings abschlägig beschieden auf seine Bitte um Errichtung eines Krematoriums. Die Kosten betragen nicht 300 Thaler, auch lange nicht 300 M. Die Verbrennung ist in Amerika heute schon ganz besonders häufig geworden und wird es auch bei uns werden. Krematorien müssen bald gebaut werden. Tritt die Cholera wieder auf, dann ist es zu spät. Bei einer Epidemie kann die Beerdigung der Leichen einfach nicht gefordert, noch durchgeführt werden, dann würden die Wohlthaten eines Krematoriums um so deutlicher hervortreten. Es handelt sich ja vorläufig nur um die fakultative Verbrennung. Wir Protestanten vertragen absolut keine Bevormundung in bezug auf die religiösen Nützlichkeiten, die hier geltend gemacht werden. Verbote ist es nirgends die Leichen zu verbrennen, kein Staatsgesetz hält uns davon zurück; nur die Sitten, das Volkswort verbietet es und hinter diesem steht die allerdings außerordentlich große Polizeivollmacht. Herr von Bötticher sollte in Preußen ein gutes Wort für diese Forderung einlegen.

Staatssekretär von Bütticher: Ich habe bisher keine Veranlassung gehabt, amtlich zu der Frage der Errichtung von Krematorien Stellung zu nehmen. Die Kompetenz des Reichs habe ich mit vollem Recht bestritten, weil es sich hier bloß um die wirtschaftliche Seite handelt, das Reich ist nicht im Stande, Städte zur Errichtung von Krematorien zu zwingen. Nach der Verfassung muß die Nothwendigkeit dieser Errichtung Voraussetzung für eine Reichsinitiative sein; würde medicinal- oder seuchenpolizeilich die Nothwendigkeit gegeben sein, dann muß die Verbrennung obligatorisch eingeführt werden. (Widerspruch links.) Bei dem Seuchengesetz würden wir mit einem solchen Antrag zu keinem gesetzlichen Ende kommen. In weiten Kreisen der Bevölkerung besteht gegen die Verbrennung starke Gegnerschaft; und ist eine obligatorische Verbrennung durchführbar? Wenn eine solche Sterblichkeit wie in Hamburg eintritt, sind auch ganz andere Einrichtungen notwendig, als sie Krematorien bieten. Es liegen also in der Sache außerordentliche Schwierigkeiten. Herr Frohme verlangt eine Reorganisation des Reichs-Gesundheitsamtes. Für jeden öffentlichen Uebelstand ist bereits jetzt jemand da, der ihn unter Aufsicht zu nehmen und für Abhilfe zu sorgen hat, soweit es das Reich angeht. Das Reichs-Gesundheitsamt ist gar keine exekutive Behörde und es zu einer solchen zu machen, würde auch gar keinen Vortheil haben, vielmehr bloß die Interessen anderer Ressorts zu Irgend kommen lassen. Das Reichs-Gesundheitsamt hat mit Aufseherung und Pflichttreue vom ersten Auftreten der Cholera-Epidemie seine Aufgabe erfüllt.

Abg. Wegger (Sag.): Die Hamburger Wasserverhältnisse lehnen uns, daß in einem Seuchengesetz nicht bloß Vorschriften über die Wohnungs-Hygiene, sondern auch über die Trinkwasser-Versorgung aufgenommen werden müssen. Die Berliner Wohnungsverhältnisse in der ärmeren Bevölkerung sind in neuerer Zeit Gegenstand der Ederterung in Berliner Zeitungen, auch im

„Vorwärts“ gewesen. Diese werden in ihrer Trübseligkeit durch die Hamburger Wohnungsverhältnisse weit übertroffen. Das grauenhafte Unschickliche der Seuche ist in Hamburg mit durch die jammervolle Wasser-Versorgung verschuldet worden. Das Hamburger Trinkwasser war als gesundheits-schädlich den Behörden schon seit Jahrzehnten bekannt; aber alles Hinarbeiten auf eine Aenderung hat nichts genützt. Die Seuche mußte also einen ungeheuren Umfang annehmen. Auf die Gefährlichkeit des Elbwassers wurde erst sehr spät durch öffentliche Anschläge hingewiesen. In dem Elbwasser, wie wir es in Hamburg zu trinken bekommen, würde mancher von Ihnen Bedenken tragen, sich zu waschen. In den Reservoiren schlagen sich nicht bloß Schmutz und Staub, sondern auch zahlreiche Thier- und Pflanzenleichen, Kalle, Krabben, Remouangen u. s. w. nieder; der Hauswirth ist nicht verpflichtet, diese Wasserkröten reinigen zu lassen, ja es besteht sogar vielfach ein kontraktliches Verbot der Reinigungen, weil dem Hauswirth durch die Benutzung der Kassen Kosten erwachsen könnten. Die Behörde hat auch nach dem Ausbruch der Cholera die Hauswirth nicht zur Reinigung aufgefordert. Erst als Professor Koch zum zweiten Male in Hamburg war, wurde diese Reinigung angeordnet. Zunächst sagte sich die Mehrzahl der Grundeigentümer dieser kategorischen Bestimmung; bei der Aufforderung zur Wiederholung murzte man bereits, und jetzt hat der Senat diese Verpflichtung wieder aufgehoben (Hört! hört!) Infolge Unterbrechung durch den Präsidenten verzichtet der Redner an dieser Stelle auf weitere Ausführungen, wird aber beim Reichs-Seuchengesetz darauf zurückkommen.

Auf eine Anfrage des Abg. Buhl erklärt Staatssekretär von Maltzahn, daß über die Frage, ob die zum Verschritt italienischer Weine vorgeführten deutschen Weine auch nach dem Wein-gesetz unter den Begriff Wein zu fallen haben, eine endgültige Entscheidung noch nicht ergangen sei. Es beziehe die Absicht, zu gelegener Zeit diese Frage in dem Sinne zu entscheiden, daß der Begriff Wein nach dem Weinverkehr-Gesetz maßgebend ist.

Abg. Buhl (nall.) ist von dieser Auskunft nur theilweise befriedigt, die Sache sei sehr dringlich und erfordere schleunigste Erledigung.

Staatssekretär von Maltzahn bleibt bei seinen vorigen Ausführungen stehen. Am 5/4 Uhr wird die Fortsetzung am Donnerstag 1 Uhr vertagt. Vorher dritte Lesung des ägyptischen Handelsvertrages.

Tokales.

Als Illustration zum Liebesgesetz brachten wir in der Nr. 27 vom 1. Februar einen Artikel, in welchem der Fall des Lohgerber Oelrich besprochen war, der, nachdem er von dem Vertrauensarzt der Alters- und Invaliditäts-Versicherungsanstalt, Sanitätsrath Dr. Becker, untersucht war, unter abschläglicher Mittheilung folgenden Gutachten:

Der Lohgerber Oelrich ist noch im Besitz so vieler Kraft, daß er noch Dänen leben und im Jahr bei dieser Arbeit 181,06 M verdienen kann. Wüßte man sein Geschlecht um Invaliden-Unterstützung abgewiesen werden.

Die Wochenchrift „Medizinische Reform“, die in dankenswerther Weise, ebenso wie wir es bereits öfter gethan, es tadelt, daß Ärzte ihr Gutachten nicht bloß auf die Arbeitsfähigkeit, sondern auch auf die Erwerbsunfähigkeit ausdehnen, brachte den Artikel des „Vorwärts“ zum Abdruck. Hieran wandte sich der Sanitätsrath Dr. Becker mit einer Verichtigung nicht an die Quelle des Artikels, den „Vorwärts“, sondern an die „Medizinische Reform“. Diese Verichtigung hat folgenden Wortlaut:

„Wahr an dem Artikel ist nur die Thatsache, daß ich den Lohgerber Oelrich als Vertrauensarzt der Invaliditäts- und Alters-Versicherungsanstalt auf Invalidität untersucht und die Frage des Vorhandens, „ob der pp. Oelrich noch kraft seiner geistigen und körperlichen Fähigkeiten jährlich 186 M. 06 Pf. zu verdienen im Stande sei?“ mit „ja“ beantwortet habe. — Oelrich hatte in der rechten Lungenrippe verhärtetes Atemen; die übrigen Theile der Lungen waren gesund, Fieber war nicht vorhanden.“

Unwahr ist: 1. daß der pp. Oelrich zum Skelett abgemagert war, 2. daß ich denselben im Bette fand, 3. daß das Resultat der Untersuchung folgendes Gutachten war, welches dem Oelrich abschriftlich zuging: „Der Lohgerber Oelrich ist noch im Besitz so vieler Kräfte, daß er noch Dänen leben und bei dieser Arbeit 181 M. 06 Pf. verdienen kann“, 4. daß in meinem Gutachten überhaupt von Dänenleben die Rede ist.“

Die „Medizinische Reform“ begleitet diese „Verichtigung“ mit folgenden treffenden Bemerkungen:

„Was Herr Sanitätsrath Becker in der vom 18. d. Mts. datirten Verichtigung als „wahr“ bezeichnet hat, hätte er 12 Tage Zeit gehabt im „Vorwärts“ berichtigten zu lassen, wir drucken es hier trotz der Berufung auf den § 11 des Pressegetzes ab.“

Was Herr Sanitätsrath Becker als „wahr“ zugiebt, beweist, daß er die Frage des Vorhandens nach der Erwerbsfähigkeit beantwortet hat. Wenn er die Antwort — wie wir den Kollegen hinsichtlich des Formulare empfohlen haben — abgelehnt hätte, wäre die Unzufriedenheit nicht erregt und der Artikel des „Vorwärts“ nicht geschrieben worden. Es bleibt also erwiesen, daß die Beantwortung derartiger Fragen von Seiten der Ärzte ein Fehler ist, insofern als sie geeignet ist das Vertrauen der Arbeiter zu erschüttern, das wir als Ärzte nicht entbehren können.“

Wir stimmen dem vollständig bei, daß das Vertrauen auf die — Ärzte vollständig schwinden muß, wenn sie ihre Eigenschaft als medizinische Sachverständige auch auf die wirtschaftliche Sachverständigkeit ausdehnen, zu der sie vielfach laun und der Sanitätsrath Becker gewiß nicht berechtigt sind.

Den Lohgerber Oelrich möchten wir, da einige that-sächliche Mittheilungen über seinen Fall uns noch erwünscht wären, bitten, in der Redaktion zu erscheinen, oder seine Adresse anzugeben. —

Eine eigenthümliche Praxis, die auf die soziale Nothlage und Rücksichtslosigkeit einiger Ärzte in Berlin ein großes Schlaglicht wirft, scheint sich in Berlin einbürgern zu wollen. Die Ärzte sich mit Beirathung ihrer Forderungen nicht selbst abgeben, sondern dem sog. „Rechtsschutz-Verein Berliner Ärzte“ übergeben, ist etwas, gegen das wohl mit Unrecht von einigen Seiten Klage erhoben wird. Aber in einer nicht geringen Anzahl von Fällen steigert der Arzt die Forderung, welche er dem Patienten gegenüber, der häufig wegen Arbeitslosigkeit, selten aus bösem Willen nicht zahlt, früher geltend gemacht hatte, um nicht geringe Quoten. So liegen uns 2 Fälle vor, in denen die Ärzte bei Ueberweisung ihrer ein Jahr alten Forderung dieselbe um 1/3, also um 20 pCt., bei der Ueberweisung ihres Guthabens willkürlich gesteigert haben. Der „Rechtsschutzverein Berliner Ärzte“ verlangt z. B. die Einhebung von 24 statt 20 M., die der Arzt vom Patienten verlangt hatte, und fügt dieser Forderung noch hinzu: bei nicht erfolgter Zahlung und im Wege der Klage wird eine Erhöhung nach der Medicinaltabelle vorbehalten“. Nicht nur die in diesem Zufall liegenden starken Verdächtigungen gegen ein richtiges Deutsch, sondern vor allem sind viele Arbeiter über diesen Himmelfahrt mit Recht deshalb entrüstet, weil er mindestens in sehr vielen Fällen moralisch auf gleicher Stufe wie Verpressungsverläufe steht. Dieser Himmelfahrt wird genügen, um den anständigen Theil der Ärzte vor dem Mißbrauch zu schützen, der vielleicht ohne ihre Kenntniß

getrieben wird, für den sie aber moralisch und rechtlich verant-wortlich sein dürften.

Die Cholera in Europa. Im Ostasien ist die Seuche als erloschen anzusehen. In Hamburg ist seit dem 21. v. M. nur noch eine einzige Erkrankung an Cholera vorgekommen; während in Altona die Zahl der Erkrankungen in der Woche vom 22. bis 28. v. M. sieben mit fünf Todesfällen, in derjenigen vom 29. v. M. bis zum 4. d. M. fünfzehn mit neun Todesfällen und in der nächsten Woche elf mit vier Todesfällen betrug. In Ostasien sind seit dem 30. v. M. keine Cholerafälle mehr zur amtlichen Kenntniß gelangt. In Budapest betrug die Zahl der Erkrankungen vom 22. bis 28. v. M. sechzehn mit elf Todesfällen, in der nächsten Woche vierzehn mit neun Sterbefällen. Ueber den Stand der Cholera in Rußland liegen keine näheren Nachrichten vor, dagegen wird das Auftreten der Seuche aus Marseille gemeldet. Im preussischen Kultusministerium ist am 10. d. M. unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Bartsch Konferenz zur Berathung von Maßnahmen gegen die Cholera zusammengetreten, an der Kommissare aus den Ministerien für Handel, Landwirtschaft, öffentliche Arbeiten und Medicinalangelegenheiten, der Oberpräsident v. Bogler und der Regierungsrath Delbrück aus Danzig theilgenommen haben. Die Verhandlungen beziehen sich auf eine in Dresden abzuhaltende internationale Konferenz behufs Berathung der gegen die Cholera mit Rücksicht auf den Verkehr zu ergreifenden Maßregeln.

Die Verwerthung des Fleisches kranker Thiere hat in der letzten Zeit infolge der Bemühungen des Magistrats in Berlin Fortschritte gemacht, und sie hat, nach dem gegenwärtigen Stande dieser Angelegenheit, alle Aussicht, in bald noch weitere Fortschritte zu machen. Als die Sache vor einigen Jahren begann, beschränkte man sich nur auf die Verwerthung des Fleisches sinnenkranker Rinder und Schweine. Es ist die jetzt unter Veterinär-Aufsicht zu Speisefleisch verarbeitet oder gekocht und als gekochtes Fleisch sammt der Brühe für Rechnung der Eigenthümer verkauft worden. Wir haben wiederholt Mittheilungen darüber gebracht, in welchem Umfange das geschieht, und mit welchem Ueberschuss besonders in den wirtschaftlich ungünstigen Monaten dieses minderwertige, aber billiger Fleisch von der ärmeren Bevölkerung an der Verkaufsstelle verlangt worden ist. Um jedoch den Schaden, welchen die Eigenthümer bezw. die Vieh-Versicherungsgesellschaften durch eine Konfiskation kranker Thiere erleiden, noch weiter zu mindern, hat sich das Kuratorium des städtischen Central-Viehhofes seit langem bemüht, die Frage einer besseren Verwertung auch der tuberkulösen Kadaver in Fluß zu bringen. Der letzte Verwaltungsbericht des Magistrats über den Central-Viehhof sowie über die städtische Fleischschau äußert sich über diesen Punkt mit liebevoller Breite. Unter „besserer“ Verwertung versteht das Kuratorium natürlich wieder die Verwendung dieser tuberkulösen Kadaver zur menschlichen Nahrung. Ein diesbezüglicher Antrag des Kuratoriums hat noch der Entscheidung der Deputation für das Medicinalwesen bezw. des Ministeriums. — Mit Bezug auf einige andere Krankheiten ist das von dem Kuratorium erstrebte Ziel bereits erreicht worden. Polizeipräsident und Magistrat haben durch gemeinschaftlichen Beschluß genehmigt, daß das Fleisch der wegen multipler Blutausströmungen zurückgewiesenen Schweine, sowie das Fleisch von Schweinen, die wegen Kalkconcrementen, Nierensteinen, Schläuchen oder wegen Nesselauströmung zurückgewiesen wurden, unter denselben Bedingungen in dem Becker-Ullmann'schen Apparat gekocht werden darf, welche für das Kochen und den Verkauf des schwachstümmigen Fleisches vorgeschrieben sind. Auf diese Weise konnten im Etatsjahr 1891/92 verkauft werden: 276 Rinder mit Finnen, 235 Schweine mit Finnen, 82 Schweine mit Kalkconcrementen, 508 Schweine mit multipler Blutausströmung. Das gekochte Fleisch fand stets willige Abnehmer“, steht der Magistratsbericht hinzu. Daß das Kuratorium Aussicht hat, mit seinem dem Interesse der Unternehmer dienenden Bestrebungen noch weitere Erfolge zu erringen, sagten wir bereits oben. Die Regierung steht diesen Bestrebungen durchaus freundlich gegenüber und sucht sie zu fördern. Am 26. März 1892 sind durch eine Ministerial-Verordnung im „Reichs-Anzeiger“ die Bestimmungen vom 15. September 1887 über die Vertheilung der Fleischschlachtungen und Verwerthung des Fleisches von schlachtunfähigen Schlachttvieh aufgehoben und unter neu, für den Vieh- und Fleischverlehr günstigeren“ Gesichtspunkte gestellt worden. Die Vertheilung mit einem neuen Dampf-Kochapparat, über die den maßgebenden Behörden vom Kuratorium ein besonderer Bericht überreicht worden ist, haben die Aufmerksamkeiten der höchsten Medicinalbehörden auf sich gezogen“. Der Bericht konstatirt mit Genugthuung, daß „auch Se. Excellenz der Herr Kultusminister in Begleitung hoher Medicinalbeamten einem solchen Versuch beizuwohnen und sich auf das eingehendste von dem Kocherfahren, dem beabsichtigten Nutzen u. s. w. Vortrag halten ließ.“ — Der beabsichtigte Nutzen liegt, wie gesagt, in erster Linie auf Seiten der Unternehmer, und der Bericht stellt das auch unumwunden ein. Die Unternehmer verstanden diesen Nutzen aber ausschließlich dem Umstande, daß die Arbeiterbevölkerung weniger launfroh ist und daher gesünder ist, selbst bei den Nahrungsmitteln nach dem Billigsten zu greifen und alles andere, die Nahrungsmittel, Zuträglichkeit und Appetitlichkeit, außer Betracht zu lassen. Daß das gekochte Fleisch „ganz unbedenklich“ sei, wollen wir schließlich glauben. Aber daß es noch nahrhaft sei, glaubt wohl selbst das Viehhof-Kuratorium nicht. Und schließlich wird bei den Nahrungsmitteln mehr wie bei irgend einem anderen Waare der Gebrauchswert noch durch ein unbestimmtes Etwas beeinflusst, durch die persönliche Neigung des Kaufenden. Warum kaufen die Reichen kein stümmes Fleisch? Aus demselben Grunde, aus welchem sie das Bierfleisch verschmähen. Die Abneigung gegen solches abgemundeten Nahrungsmittel, deren Begründung unferne wegen wirklich nicht ganz unansehnlich sein mag, lehrt nur die Noth überwinden. Die besitzende Klasse hält die Ueberwindung dieser Abneigung, natürlich nur bei der besitzlosen Klasse, für sehr münchenswerth im Interesse des Nationalwohlstandes“, unter dem sie immer nur ihre eigenen versteht.

Die neuerbaute Gemeindeschule in der Pringen. Allee 9 (Gesundbrunnen) ist am Montag voriger Woche eröffnet worden und wird vorläufig von „liegenden Klassen“ aus den Gemeindeschulen der angrenzenden Stadtbezirke benutzt. Die eigentliche Eröffnung der Schule als selbständige Lehranstalt findet am 1. April d. J. statt.

Rixdorf. Der Verein „Vorwärts“ veranstaltet am Sonntag, den 28. Februar, eine Agitationspartie. Genossen, welche daran theilnehmen wollen, mögen sich einfinden Anseebach und Hermanns-trapen-Gäßchen im Lokale von Schmidt früh 7 Uhr. Für Material ist gesorgt.

Mangel an Ortskenntniß in Berlin ist gestern einem Diebe verhängnißvoll geworden. Bei dem Gastwirth W., Große Hamburgerstraße 25, erschien am Dienstag Abend ein Mann, ließ sich ein Glas Bier geben und bot dem Wirth einen großen Handmöbelwagen für 6 M. zum Kaufe an. Den billigen Preis erklärte er damit, daß er einen Wechsel sofort zu bezahlen habe. W. fragte ihn, wo er wohne. In der Jakobstraße, entgegnete der Fremde, und als der Wirth weiter fragte: „In der Großen oder Kleinen?“, meinte der Fremde: „Nützlich in der Großen.“ Nun wußte der Wirth, daß er einen Dieb vor sich habe, der erst kurze Zeit in Berlin sein konnte, denn bekanntlich giebt es nur eine „Alte“ und eine „Neue Jakobstraße“; er hielt den Verkäufer fest, bis ein Schutzmann geholt war und den Fremden verhaftete. Dieser will den Wagen in der Oranien-burgerstraße von einem Unbekannten gekauft haben, verweigert aber jede weitere Auskunft.

Ein Raubmordversuch wird aus Hohenstein gemeldet. Die Polizeibehörden des Regierungsbezirks Potsdam fanden

seit dem 15. d. M. nach zwei Unbekannten, die am Abende dieses Tages verhaftet wurden, den im obengenannten Orte stationierten Landbriefträger Hünke zu tödten. Auf diesen Beamten wurde in der Dämmerung in der unmittelbaren Nähe des Schlossgartens ein Schuss abgegeben, der den Briefträger an der linken Schläfe traf. Nur dem Umfange, daß die Dichtmühle das Gesicht etwas abgeschwächte, ist es zu danken, daß H. nicht getödtet wurde, vielmehr konnte die Kugel, ein Kapselchen, bald durch einen operativen Eingriff entfernt werden. Der Thäter verdächtig sind zwei Männer, die den Briefträger kurz vorher begegneten und sich demselben in auffälliger Weise zu nähern versucht hatten.

Selbstmord! Noch ist der Name der unglücklichen Selbstmörderin, die sich vor 8 Tagen in der Nähe von Seebad Behnh von einem Eisenbahnzug hat überfahren lassen, nicht ermittelt und schon wird uns wieder ein ähnlicher Vorgang von der Nordbahn berichtet. Durch den um 1 1/2 Uhr Nachmittags von Oranienburg nach Berlin abgelassenen Vorkurszug wurde am vergangenen Freitag zwischen Hermsdorf und Waldmannslust ein anscheinend dem Arbeitsstande angehöriger Mann überfahren, der sich schon vorher durch sein eigenartiges Benehmen an den benachbarten Bahnübergängen bemerkbar gemacht hatte. Der Überfahrte wurde noch lebend unter den Rädern der Lokomotive hervorgezogen, hat jedoch schwere Verletzungen am Kopfe erlitten und dürfte die Schrafe auf beiden Augen eingebüßt haben. — Der Unbekannte, über dessen Personalien nichts zu ermitteln ist, wurde nach Waldmannslust überführt.

Der „Pankstrom“ hat gestern ein Opfer gefordert. Die sechs Jahre alte Tochter der Sandstr. 1a wohnenden Demmer'schen Eheleute spielte am Nachmittage zwischen 8 und 4 Uhr in der Badstraße an der Ueberbrückung der Pank. Dabei fiel sie kopfüber in das Wasser und die schnell dahinbraufende Fluth riß den Körper mit sich fort. Das Kind ist sicherlich ertrunken, die Leiche hat aber noch nicht aufgefunden werden können.

Marktpreise in Berlin am 21. Februar, nach Ermittlungen des Polizeipräsidiums. Weizen per 100 Kgr. guter von 18,90—19,20 M., mittlerer von 18,10—14,60 M., geringer von 14,60—14,00 M. Roggen per 100 Kgr. guter von 18,80—18,20 M., mittlerer von 18,10—12,90 M., geringerer von 12,80—12,50 M. Gerste per 100 Kgr. gute von 17,50—16,80 M., mittlere von 16,20—15,10 M., geringe von 15,00—13,80 M. Hafer per 100 Kgr. guter von 15,80—15,20 M., mittlerer von 15,10—14,60 M., geringer von 14,50—14,00 M. Straß, Roggen per 100 Kgr. von 4,50—4,00 M. Heu per 100 Kilogramm von 6,60—5 M. Erbsen per 100 Kgr. von 40,00—25,00 M. Speisebohnen, weiße per 100 Kgr. von 50,00—20,00 M. Linsen per 100 Kgr. von 50,00 bis 30,00 M. Kartoffeln per 100 Kgr. von 7,00—4,50 M. Rindfleisch per 1 Kgr. von 1,60—0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kgr. von 1,60—0,90 M. Kalbfleisch per 1 Kgr. von 1,60—0,90 M. Hammelfleisch per 1 Kgr. von 1,50—0,90 M. Butter per 1 Kgr. von 2,80 bis 1,80 M. Eier per 60 Stück von 8,00—5,40 M. Fische per 1 Kgr.: Karpfen von 2,40—1,20 M. Kalle von 8,00—1,20 M. Sander von 2,40—1,00 M. Dichte von 1,80—1,00 M. Barsche von 1,60—0,70 M. Schleie von 2,40—1,00 M. Hele von 1,40 bis 0,80 M. Krebse per 60 Stück von 10,00—8,00 M.

Polizeibericht. Am 21. d. M. Nachmittags fiel ein dreijähriges Mädchen von der in der Badstraße belegenen Straße in die Pank und ertrank. — Eine Frau sprang aus einem Fenster ihrer im 4. Stock des Hauses Urbanstr. 56 gelegenen Wohnung auf den Hof hinaus und verfiel bald darauf. — An der Ecke der Neuen Friedrichs- und Königstraße geriet Abends ein Wädel unter die Räder eines Rollwagens und wurde am Fuße so bedeutend verletzt, daß seine Ueberführung nach der Charité erforderlich wurde. — Vor dem Hause Invalidenstr. 103 fand zwischen einer Handelsfrau und einem Händler eine Schlägerei statt, bei der Erstere zur Erde fiel und durch die Scherben einer ihren Händen entglittenen irdenen Schüssel am Halse schwer verletzt wurde. Sie mußte nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht werden.

Gerihts-Beitung.

Austräherische Weden wurden dem Zuschneider Hermann Boggs zur Last gelegt, der gestern dieserhalb vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I stand. In einer größeren sozialdemokratischen Versammlung hatten mehrere Reichstags-Abgeordnete der Partei gesprochen. Nach ihnen nahm der Angeklagte das Wort. Er bekannte sich zu den „Unabhängigen.“, so daß die Ausführungen der Redner als zu laut und ungewöhnlich an und meinte, dieselben müßten unter das Volk gehen, um es zur offenen Revolution aufzufordern. In diesem Sinne machte der Angeklagte noch mehrere Ausführungen. Der Gerichtshof verurteilte ihn zu einem Monat Gefängnis.

Die Frage, ob ein Hauswirth nach Beendigung eines Miethsvertrages gegen den Willen des Miethers in dessen Wohnung eindringen darf, und denselben ohne richterliches Urtheil zur Räumung zwingen darf, unterlag gestern der Entscheidung der zweiten Strafkammer des Landgerichts I. Der Hauseigentümer J. hatte in seinem in Moabit belegenen Hause eine kleine Wohnung an die Eheleute P. zunächst auf einen Monat vermietet. Nach Ablauf dieser Frist verlängerte sich der Vertrag stillschweigend immer wieder auf einen weiteren Monat. Die Miether lebten jedoch des Glaubens, daß ihr Vertrag auf ein halbes Jahr gelte. Als nun die P.'schen Eheleute mit der Miether für den Juli u. S. im Rückstände blieben, kündigte ihnen J. am 15. Juli die Wohnung zum 1. August. Diese Kündigung hielt die Miether für rechtsunmöglich und zogen am 1. August nicht aus. Daraus begab sich J. am folgenden Tage mit mehreren Handwerkern in die P.'sche Wohnung, ließ die Thür aus den Rahmen fällen und die Fenster aus den Rahmen entfernen und bedrohte die Miether mit einem Gummischlauch. Er zwang dieselben auf diese Weise allerdings zum Verlassen der Wohnung; der Staatsanwalt erblickte aber hierin den Thatbestand der Nötigung und erhob dieserhalb Anklage gegen den Hauswirth. Rechtsanwalt Leop. Meyer machte im Termin geltend, daß sich der Angeklagte in einem Rechtsirrtum befunden habe. Nach der Ansicht desselben hatte der Miethsvertrag am 1. August sein Ende genommen und die P.'schen Eheleute hätten sich von diesem Tage ohne Rechtsgrund in der Wohnung auf. Angeklagter sei der Meinung gewesen, daß er gegen die widerrechtliche Weisung der Wohnung Selbsthilfe anwenden dürfe. Habe er sich hierin getriert, so könne er doch nicht bestraft werden, da ihm bei seinem Handeln das Bewußtsein der Rechtsunmöglichkeit gefehlt habe. — Der Gerichtshof erachtete objektive allerdings eine strafbare Handlung für vorliegend, da die vom Angeklagten gebrauchte Selbsthilfe unrechtmäßig gewesen sei. Der Vermietter sei keineswegs berechtigt, selbst wenn nach seiner Meinung die Mietherzeit abgelaufen sei, gegen den Willen des Miethers in dessen Wohnung einzudringen und denselben ohne richterliches Urtheil zur Räumung zu nöthigen. Der Gerichtshof nahm aber in diesem Falle an, daß dem Angeklagten das Bewußtsein der Rechtsunmöglichkeit gefehlt habe und sprach ihn aus diesem Grunde frei.

Der Prozeß **Wolke vor dem Reichsgericht** Leipzig, 21. Februar. Der größte der Berliner Sensationsprozesse gegen Bankiers, welche im vorigen Jahre von sich reden machten, nämlich der gegen Paul Wolke, kam heute vor dem zweiten Strafsenat des Reichsgerichts in der Revisionshofung zur Verhandlung. Der Angeklagte war am 8. Juni v. S. nach

stägiger Verhandlung von der Anklage des wiederholten Betruges und der Untreue durch das Landgericht I in Berlin freigesprochen worden. Diergegen lag Revision der Staatsanwaltschaft vor. — Der Vortrag des Urtheils, welches außerordentlich umfangreich ist, nahm lange Zeit in Anspruch. Es ist nicht möglich, im Umfange dieses Berichtes auch nur einigermaßen vollständig die einzelnen Punkte des Urtheils zu skizziren, wir begnügen uns daher mit dem Kern der Anklage. Diese ging dahin, daß der Angeklagte den Verkauf seiner Aktien der „Berliner Façon-, Schmied- und Schraubenfabrik Aktien-Gesellschaft“ für nominell 800 000 M. auf betrügerische Weise zu Gunsten gebracht habe, und zwar durch Täuschungen, die er im Briefkasten des von ihm herausgegebenen „Berliner Börsen-Journals“ begangen haben soll, sowie durch mündliche Vorgespiegelungen. Die genannte Fabrik hatte in früheren Jahren sehr schlechte Resultate erzielt und im Jahre 1886 vor dem Konkurse gestanden. Wolke hatte dann bei der Gründung der Fabrik in Privatbesitz gewesenen Fabrik sich hervorragend beteiligt und durch allerlei Manipulationen es dahin gebracht, daß wieder eine Dividende von 3 pCt. verteilt werden konnte. Unter anderem hatte er große Quantitäten der von der Fabrik hergestellten Messinglinien an Buchdruckerien verkauft, die für den Kaufpreis Infirater Wolke's zum Abdruck brachten. Im allgemeinen glaubte aber Wolke selbst nicht an die Rentabilität des Unternehmens und er benutzte deshalb den Briefkasten seines Blattes dazu, den Lesern in allen Loarten den Kauf von „Façon-Schmied“ zu empfehlen und den Kurs in die Höhe zu treiben. Durch seine Thätigkeit bei der Gründung und seine sonstigen theilweise unter Anklage gestellten Kunstgriffe hat er sich ein Vermögen von etwa 3 Mil. Mark verdient. Die einzelnen Anklagepunkte bezogen sich 1. auf die sogenannten fingirten Briefkasten, 2. auf die Art, wie er zu seinen Aktien gekommen ist, 3) auf seine Behauptung, daß eine Dividende von 18—20 pCt. verteilt werden könnte, 4) auf die fernere Behauptung, daß es möglich sei, „Pohndorfer-Foldenden“ (d. h. solche von mehreren 100 pCt.) zu vertheilen, 5) auf seine Notizen über die Bailliseit und 6) auf seine Behauptungen bezüglich der Rentabilität. Die Preisprechung des Angeklagten ist damit begründet, daß er zwar Täuschungshandlungen vorgenommen habe, daß aber ein Kaufsufammenhang zwischen seinen Vorgespiegelungen und den bei seinen Lesern entstandenen Irrthümern nicht nachgewiesen sei, endlich daß objektive eine Schädigung nicht habe festgestellt werden können, und daß dem Angeklagten das Bewußtsein, er werde seine Leser schädigen, gefehlt habe.

Rechtsanwalt Galli begründete die Revision, für deren Verwertung die Vertheidiger Wolke's, die Rechtsanwälte Dr. Friedmann, Dr. Staub und Mündel, sprachen.

Das Reichsgericht hat die Revision des Staatsanwalts in den Fällen für begründet erachtet, wo materielle Rechtsverletzungen behauptet werden. Es sind dies sieben Fälle. Bezüglich dieser sieben Fälle wurde das Urtheil des Landgerichts Berlin aufgehoben, weil die Vermögensschädigung irrtümlich verneint worden war, und auch bezüglich der Frage des Betrugsversuchs, der Untreue und des Dolus (betrügerische Absicht) Rechtsverhältnisse vorliegen. Bezüglich der erwähnten Fälle ist die Sache an das Landgericht Berlin zurückverwiesen worden.

Soziale Ueberblick.

Achtung, Hinfieher und Stürzer! Die Arbeitseinstellung in der Lampenfabrik von R. Gerling, Fürststr. 4, ist beendet, nachdem der alte Lohnsatz von dem Prinzipal wieder eingeführt worden ist. J. K.: Max Schulz.

Ueber den Ausstand in der Riffenfabrik von S. Mannheim geht uns die Mittheilung zu, daß die Streikenden beim Unternehmer beantragt hatten, sie auf Stück arbeiten zu lassen, weil sie im Lohn trotz aller Freies nicht genug fertig schaffen konnten. Doch trotz aller dahingehenden Versprechungen sei es bis jetzt beim alten geblieben. Am endlich ihren Wunsch, der darin begründet sei, daß die Ansprüche des Fabrikanten auf Lohn sich unter den schlechtesten Akkordpreis stellen, zur Durchführung zu bringen, sei den Arbeitern nichts weiter übrig geblieben, als die Arbeit am Dienstag einzustellen. Es arbeiten weiter die Herren Jhis und Wiesnag.

Sämmtliche Gelbigehrer der Firma Gebr. Ruhlmann in der Ober-Ortaue bei Heseloh haben wegen zehnprozentiger Lohnherabsetzung die Arbeit gekündigt und eruchen um strenge Fernhaltung des Junges. Die Firma zahlte bisher schon niedrige Löhne und will nun Arbeiter aus Schlesien kommen lassen. Die Gelbigehrer schleiften deshalb dringend ersucht, den Inhaber der Firma keine Folge zu geben. Anfragen über die Angelegenheit sind an den Verlag der „Märkischen Arbeiter-Zeitung“ in Heseloh zu richten.

Die Drechler der Wehrpsennig'schen Holzwerkzeug-Fabrik in Braunschweig haben die Arbeit niedergelegt und eruchen dringend um Fernhaltung des Junges. Ursache des Streiks sind die Lohnverhältnisse, die nach der und zugegangenen Mittheilung sehr unbefriedigende sein müssen.

In Arbeit freieren die Arbeiter und Arbeiterinnen der drei Herzog'schen Fabriken, an Zahl gegen 500 Personen, weil man ihnen, nach der „Straßburger Post“, so schlechtes Rohmaterial verabreicht hat, daß sie ihr Brot nicht mehr verdienen können.

Eine Versammlung von Glasarbeitern, die in Tiefenbach bei Gwablon in Böhmen tagte, beschloß am 8. März die Arbeit niedergelegen und wählte ein zugledriges Streikkomitee. Ursache des Streiks sind die geringen Löhne, die von den Glasindustriellen, natürlich unter Verusch auf die „ausländische Konkurrenz“, gezahlt werden.

Alt- und Invalidenversicherung. Der nach Maßgabe des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes erwoorbene Anspruch auf Invaliden- und Altersrente ruht für diejenigen Personen, welche eine Unfallrente beziehen, so lange und soweit diese letztere unter Hinzurechnung der Invalidenbegm. Altersrente den Betrag von 415 M. übersteigen würde. Die Durchführung dieser gesetzlichen Bestimmung ist infolge der Schwierigkeiten gestößen, als die Invaliditäts- und Altersversicherungs-Komitees, welche beim Zusammenreffen von Unfalrenten einerseits und von Invaliditäts- und Altersrenten andererseits die Zahlung der letzteren gemäß der erwähnten Vorschrift einzustellen haben, zuweilen von dem Vorhandensein der Unfallrente überhaupt nicht oder doch nicht rechtzeitig Kenntnis erlangt haben. Auf den Vorschlag des Reichs-Versicherungsamtes haben deshalb die Reichs-Postdirektion, wie die Zentral-Vorstandskörper von Bayern und Württemberg den Postanstalten ihres Ressorts aufgegeben, wenn das gleichzeitige Vorliegen zweier Rentenangebewerungen für denselben Berechtigten bemerkt wird, der de theiligtigen Versicherungsanstalt hiervon Mittheilung zu machen und vor Ausführung der Anweisungen eine Rückantwort der Versicherungsanstalt abzuwarten.

Ausflucht im Kohlenrevier. Der Bergmann Bunte wurde vom Dortmund Gericht zu 4 mal 3 Monaten, zusammengezogen in 1 Jahr Gefängnis, verurteilt, weil er in 4 Versammlungen zum Streik aufgereizt haben soll. Der Antrag auf einstweilige Freilassung wurde mit der Begründung abgelehnt, es liege bei ihm als Sozialdemokrat Hinderdacht vor. So viel ist aus dem Telegramm zu entnehmen, das uns zugeht. Wir versparen uns das endgültige Urtheil aber den Anscheid des Dortmund Gericht bis dahin, wann ein Bericht über die Verhandlung vor-

liegen wird; für heute sei nur bemerkt, daß wir die Verurteilung Buntens wegen „Anreizung zum Streik“ für einen Akt der Klassenjustiz halten, was den Richtern nur deshalb nicht zum Bewußtsein gekommen sein mag, weil sie die Bitternisse des Bergmannslebens nicht kennen und deshalb eine leichte Deute der Heberelei sind, die durch die von den Feinden der Arbeiterbewegung betriebene Presse gegen die Bergleute betrieben wird.

Gegen das Ausschreiden der Staaten und Verbände aus den Berufsvereinigungen soll, wie die „Postische Zeitung“ berichtet, demächst im Petitionswege vorgegangen werden, um, wenn möglich, eine Aenderung der bisherigen Bestimmungen zu erzielen. Wenn die Staaten ihrerseits den Austritt mit dienlichen Rücksichten begründen, so kann die am meisten betroffene Tiefbau-Berufsvereingung dies nur beklagen, weil, abgesehen von der unangünstigen Vertheilung der Löhne auf eine geringere Zahl von Schülern, die Mitarbeit vieler besonders brauchbarer Staatsbeamten für die ehrenamtliche Thätigkeit verloren geht. Noch bedenkllicher aber dürfte es sein, daß in Zukunft die Staaten und Verbände als Arbeitgeber zugleich gewissermaßen als Partei ihren Arbeitern gegenüber die Renten selbst festzusetzen haben, ein Verfahren, das immerhin weniger objektiv als die jetzige Behandlung der Geldfragen durch die Gewerkschaftsvorstände ausfallen dürfte. Die Bekwerbe in dieser Hinsicht, an denen vor allem auch die Arbeitnehmer ein Interesse haben, konnte um so lebhafter sich halten, als im besondern die Tiefbau-Berufsvereingung unter sachmännlich sehr angreifbaren Entscheidungen des Reichs-Versicherungsamtes über die Zugehörigkeit der Betriebe zu leiten hat. Die Unterscheidungen, wobei diese oder jene Bauarbeit zu rechnen ist, hat gewiß oftmals ihre Schwierigkeiten; doch würden diese bei härterer Vertretung der Technik in der entscheidenden Instanz leichter zu beheben sein.

Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnreduktion. Auf den Salforder Eisenwerken der Herren Rother und Platt wird jetzt, wie der „Reichs-Anzeiger“ mittheilt, 48 Stunden statt der früheren 55 gearbeitet; ein Versuch, von dessen Ausfall in den Beziehungen zwischen Fabrikanten und Arbeitern vieles abhängen kann. Die Veranlasser der Aenderung haben zunächst keine Ausgleichung von ihren Arbeitern verlangt, weil sie glauben, daß durch größere Pünktlichkeit, gesteigerte Energie und lebhafteres Interesse an der Arbeit die Zeitorzürzung eingebracht werden könne.

Die böse Unzufriedenheit! Auf der 18. Generalversammlung des katholischen Verbandes „Arbeiterwohl“, die am 6. d. M. in Münster stattfand, sagte der Fabrikbesitzer Brandts u. A.: „Es muß ein Weg gefunden werden, um es dem Arbeiter zu ermöglichen, daß er auf gesetzmäßige Weise die Verbesserung seines Sozies erreichen kann. Die Forderungen der Sozialisten mögen noch so absurd sein, so nützt uns das gar nichts, wenn wir nicht das Maß der Unzufriedenheit zu vermindern verstehen.“ Wie recht hat der Mann! Und da „das Maß der Unzufriedenheit“ bei den Arbeitern durch die kapitalistische Entwicklung, deren Gang eben nur die Sozialisten erkannt haben, sicher immer höher gestuft wird, so mögen nur die Christlich-Sozialen mit ohne Lonsur bald einpafen; der Sozialismus trägt doch den Sieg davon, trotz allen „Absurditäten“!

Kapitalistische „Entbehrungslöhne“. Es zahlen Dividende: Kredit- und Sparkassenzug Leipzig 7 pCt. — Thüringer Gas-Gesellschaft 9 1/2 pCt. — Seltentlicher Bergwerks-Aktiengesellschaft 9 pCt. — Allgemeine deutsche Kreditanstalt in Leipzig 8 1/2 pCt. — Feuer-Versicherungsbank für Deutschland in Gotha 70 pCt. — Deutsche Kontinental-Gasgesellschaft 10 pCt. — Magdeburger Bergwerks-Aktiengesellschaft 10 pCt.

Die Porzellanarbeiter Böhmens hielten am 12. und 13. Februar in Eger einen Kongress ab, der von 82 Delegierten besucht war. Nach den Berichten aus den einzelnen Distrikten ist die Lage der Porzellanarbeiter überaus erbärmlich, namentlich aber in der Karlsbader Gegend. Die Behandlung der Arbeiter durch die Fabrikanten und durch die von diesen angestellten Beamten wurde im allgemeinen als unwürdig bezeichnet. Maßregelungen der Arbeiter wegen der Organisationsbestrebungen sind an der Tagesordnung. Der Kongress erklärte den Anschluß an den Verband der Porzellanarbeiter in Tarn und beschloß, daß in allen Orten Böhmens, wo sich Porzellanarbeiter befinden, Mitgliedschaften dieses Verbandes gegründet werden sollen.

In Chicago hat sich ein Syndikat der Schulente gebildet. Sie fordern höheren Lohn und zwar mit der Begründung, daß ihnen durch die Weltausstellung, welche zahlreiche Vertreter der Verbrechermwelt nach Chicago locken werde, mehr Arbeit erwachsen würde.

Die Viehzählung, welche am 1. Dezember vorigen Jahres im Deutschen Reich vorgenommen wurde, hat im Vergleich zu den früheren Zählungen folgendes Ergebnis gehabt:

		Deutsches Reich:				
		1867	1873	1883	1892	
Pferde	2 541 150	2 252 455	2 417 867	2 647 888		
Maultiere und Maulesel	747	984	592	247		
Gel.	9 070	8 784	6 446	4 284		
Rinder	8 024 243	6 630 514	8 787 841	9 850 980		
Schafe	22 304 984	19 698 794	14 732 323	10 092 688		
Schweine	4 589 293	4 294 028	5 819 136	7 794 354		
Hegen	1 317 673	1 481 461	1 680 636	1 953 748		
Bienenstöcke	1 312 757	1 459 415	1 258 040	1 249 800		
davon in Preußen 1892 nach Prozenten:						
Provinz	Pferde	Rinder	Schafe	Schweine	Hegen	Bienenstöcke
Ostpreußen	15,96	9,69	9,28	9,04	1,28	11,67
Westpreußen	8,34	5,61	9,43	5,50	4,01	8,08
Stadtkreis Berlin	1,68	0,07	0,04	0,06	0,05	0,01
Brandenburg	10,03	7,71	11,75	9,87	13,04	8,23
Pommern	7,57	6,07	18,32	8,21	4,12	9,43
Posen	8,71	7,92	9,89	7,11	5,29	7,91
Sachsen	11,19	14,78	6,49	8,54	10,51	10,10
Sachsen	7,47	7,07	10,33	11,56	14,81	6,88
Schleswig-Volfstein	6,50	8,35	2,87	4,47	2,27	6,88
Samrover	8,39	9,98	11,03	13,46	11,28	12,94
Westfalen	5,02	6,11	8,13	8,87	10,55	5,83
Hessen-Raffau	2,84	5,54	4,06	5,23	7,76	8,16
Rheinland	6,12	10,92	2,48	8,38	14,89	7,61
Pohlenstern	0,20	0,48	0,10	0,20	0,15	0,57

Versammlungen.

Die Handlungsgehilfen-Versammlung welche am 21. Februar er, einberufen war, hatte sich eines so zahlreichen Besuchs weiblicher Handlungsangestellter zu erfreuen, daß alle Erwartungen der Einberufer übertroffen wurden. Von etwa 400 anwesenden Personen waren über die Hälfte Damen. Frau E. Bretz referierte, öfter von lebhaftem Beifall unterbrochen, über die Sonntaggrube im Handelsgewerbe. Sie betonte die Nothwendigkeit einer vollen Sonntaggrube für die körperlich, geistig und stütlich gute Entwicklung auch der weiblichen Angestellten dieses Gewerbes und verwies gegenüber dieser Nothwendigkeit auf das Stüd- und Fickwert, welches die Novelle zur Gewerbeordnung bezüglich der Sonntaggrube geschaffen habe. Sieht sei man daran, das bischen vorhandene Sonntaggrube noch mehr zu vergrößern. Da wäre es gut, wenn die Verkauferrinnen, wie ihre männlichen Kollegen

